

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei einer Zustellung im Jahre für Ost- und Westpreußen 2,40 M., bei einem Postbezugs monatlich 2,15 M., bei Zustellung unter Postamt der Reichspost 2,40 M., bei Ausland 2,80 M., per Brief 3,00 M.

Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Freiheit“ in Berlin, W. 6, Schiffbauerdamm 19. Preis pro Jahr 24,00 M. (Postfrei). Einzelhefte 2,40 M. (Postfrei). Einzelhefte 2,40 M. (Postfrei). Einzelhefte 2,40 M. (Postfrei).

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Helft den ungarischen Brüdern!

Genossinnen und Genossen!

Große Opfer hat der Befreiungskampf des Proletariats gefordert. Niemals größere und kostbarere als heute, wo der Entscheidungskampf zwischen Weltkapital und Arbeit der Entscheidung näherückt. Eine Internationale der Befreiungskämpfer und des Kampfes gegen den Sozialismus hat sich gebildet. Von den Vereinigten Staaten bis zu Finnland kämpften in den Gefängnissen die Opfer des Klassenkampfes. Auch das deutsche Proletariat beklammert den Verlust vieler edler Vorkämpfer. Aber noch kämpfender sind die Leiden, die das Proletariat in jenen Ländern tragen hat, in denen es seinen Gegnern nach ihrer Niederlage gelingen ist, wieder zur Herrschaft zu kommen.

Am härtesten müht gegenwärtig der weiße Schrecken in Ungarn. Die magyarische Junkerklasse wankt ihre Natur in schlimmster Brutalität, Grausamkeit und Kulturlosigkeit. Noch tausenden zählen die Opfer, die unmittelbar nach dem Siege der Militaristen eine andere Ursache als die politische Gegenpartei niederschossen oder in den Gefängnissen gemartert worden sind. Seitdem geht das Morden ununterbrochen weiter. Es wird dadurch noch abstoßender, daß es sich jetzt in rechtliche Formen kleidet. Aber nicht um Rechte handelt es sich, sondern um Hinrichtungen mit Hilfe einer Fiktion, die ihr Amt zum Scharfrichteramt herabwürdigt. Die ältesten und besten Streiter, die Vorkämpfer des Sozialismus hat man hingerichtet oder sollen an den Henker überliefert werden. Anfang März will die ungarische Regierung die Volkskommissare der Räteregierung vor das Standgericht stellen. Der Staatsanwalt Dr. Koel in der Zeitung „Budapesti Hírlap“ offen erklärt, die Regierung begehe die Absicht, alle Volkskommissare hingerichten zu lassen. Die ungarische Regierung bestreitet diesen Mordplan, obwohl ein großer Teil der Angeklagten bei dem Sturz der Räteregierung auf Wunsch der Vertreter der Entente in Budapest gelassen sind. Unter anderen sollen in dem Blutprozeß folgende Genossen abgerichtet werden:

1. Peter Agoston, Professor an der Rechtsakademie in Großwardein. Verfasser von mehreren wissenschaftlichen Schriften und Mitglied, vormaliger Staatssekretär für Justiz und später Volkskommissar für Justizwesen. Seit 23 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei.
2. Desider Wolanski, von Beruf Steinmetz, Obmann des Bauarbeiter-Verbandes, seit 30 Jahren Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, der bestkämpfendste Agitator in Ungarn, Verfasser von zahlreichen Agitationschriften. Während der Räteregierung wurde er zum Volkskommissar für Volkswohlfahrt ernannt.
3. Anton Dvorsak, Obmann des Metallarbeiter-Verbandes, Redakteur des Wochenblattes für Metallarbeiter, ein langjähriger agitator und begabter Parteigenosse. Unter der Räteregierung Volkskommissar für Sozialisierung.
4. Franz Hajosi, Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes, seit 20 Jahren Vorstandsmittglied seiner Gewerkschaft, Volkskommissar für Sozialisierung der Betriebe.
5. Josef Soubriak, Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes, seit zwei Jahrzehnten dessen Vorstandsmittglied, Volkskommissar für Gewerwesen, Stadtkommandant in Budapest, dessen Energie es zu verdanken ist, daß unheimliches Blutvergießen verhindert wurde. Auf Wunsch der Entente blieb auch er als Kriegsminister in Ungarn.
6. Eugen Horovik, in den neunziger Jahren

zeitiger Sekretär der Arbeiterkrankenkasse. Ein ähnerst tätiger und treuer Parteigenosse. Abteilungsleiter des Volkskommissariates für Gewerwesen.

7. Heinrich Kalmár, Redakteur der Budapestener „Volksstimme“. Seit 23 Jahren Führer der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Ungarn, einer der ähnersten und besten Genossen, Volkskommissar für die Deutschen in Ungarn.

8. Georg Kovacs, Begründer und Führer der Landarbeiterbewegung in Ungarn, ein eifriger und opferwilliger Agitator, Volkskommissar für Landwirtschaft.

9. Oskar Faber, Professor. Ein Vorkämpfer der antifiskalischen Bewegung in Ungarn. Kommissar für die Liquidierung der Kirchenvermögen.

10. Dr. Ernst Czobel, Professor. Ein tätiger Agitator in Wort und Schrift, war Gesandter der Räterepublik in Wien.

11. Julius Szilva, langjähriger Führer der Budapestener Parteiorganisation. Chef der Roten Wache in Budapest.

12. Karl Bantus, vormaliger Parteisekretär, war Volkskommissar für Landwirtschaft.

13. Dr. Alexander Szabados, vormaliger Redakteur der „Nepzava“, derzeit Sekretär der Landarbeiterkrankenkasse, war Volkskommissar für Propagandawesen.

14. Ignac Bogat, Sekretär des Buchdruckerverbandes, war Präsident der Arbeiter- und Soldatenräte.

15. bis 21. Weiter werden in diesem Prozeß angeklagt Ignaz Biermann, Alos Hebesi, Franz Janosik, Josef Kelen, Ernst Landler, Josef Kabinovics, Desider Somlo. Alle eifrige langjährige Sozialisten, die an verschiedenen Stellen für die Sache des Proletariats tätig waren.

Parteilgenossen und Genossinnen!

Das Wüten der magyarischen Junkerregierung ist eine Herausforderung des gesamten internationalen Proletariats, ist eine Beleidigung der Menschheit. Wenn es noch ein Mittel gibt, dem mörderischen Treiben Einhalt zu tun, so ist es der Proteststurm der arbeitenden Massen aller Länder. Wir müssen das Gewissen der Welt aufrütteln, wir müssen die Regierungen dazu bringen, in Budapest diesen Proteste Stellung zu veranschaffen. Wenn ja, so gilt es jetzt internationale Solidarität zu beweisen und dem von seinen Klassengegnern gequälten und gereinigten ungarischen Proletariat zu Hilfe zu eilen. Nicht die ungarische Mordjustiz vor das Gericht der Menschheit. Ruft überall Protestversammlungen ein und veranstaltet Sammlungen für die große Pöhl der Familien der Ermordeten und Verfolgten in Ungarn. Dem Henkerwerk der ungarischen Gegenrevolution muß unter allen Umständen sofort ein Ziel gesetzt werden. (Sitzungen können auf das Volkshaus No. 257, Wilhelm Dittmann und Luise Eich, Berlin W. 6, bezogen werden.)

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zur Ermordung Szomogys.

HN, Budapest, 21. Februar. Über die Person des Mörders Szomogyi ist noch nichts bekannt. Die heutigen Morgenblätter befaßten sich in längeren Artikeln mit der Ermordung und fordern die rasche Fortsetzung der Untersuchung. Der „Nepzava“ erscheint auch heute mit Trauerkrank. Die Ausgabe hatte konstatiert werden sollen, mußte jedoch auf Eingreifen aller sozialistischen Organisationen freigegeben werden. Morgen nachmittags wird die Beerdigung Szomogyis stattfinden, an der sämtliche Gewerkschaften, Parteiorganisationen usw. teilnehmen werden. Die Meinung, daß die Gewerkschaften angeleitet werden sollen, entspricht, wie der Korrespondent der „Wiener Mittagspost“ von sozialdemokratischer Seite schreibt, in keiner Weise der Wahrheit.

August Bebel zum Gedenken.

Zu seinem 80. Geburtstag.

Es gibt Namen, die eine ganze Welt vor uns aufstehen lassen, wenn wir sie nur aussprechen. Ein solcher Name ist August Bebel, der dem deutschen Proletariat ein halbes Jahrhundert die Fahne der Revolution vorangetragen hat, der der deutschen Arbeiterklasse der Kaiser im Klassenkampf gegen die Welt des Kapitals war, der eine der größten Gestalten der gesamten proletarischen Internationale gewesen ist. August Bebel, das war die Verkörperung der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Weltkriege. Wer den Lebensgang August Bebels kennt, der kennt zugleich die Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes in Deutschland.

Wagt nicht eine Welt zwischen dem Gestern und dem Heute? Ist es noch dieselbe Arbeiterbewegung, die vor dem Kriege eine organisatorisch geschlossene Masse darstellte, die in August Bebel ihren größten Führer verehrte und die heute in mehrfachen Teilen zerfallen ohne einheitlichen Willen im Wiederkauf einen großen Teil ihrer Kräfte verlor? Und welche Stellung würde August Bebel heute wohl einnehmen? Kann man ihn sich als Zuschauer einer der Posten vorstellen, die die demokratische Republik von heute zu vergeben hat?

Indem wir danach fragen, wissen wir bereits die Antwort. Unzählige Male hat Bebel behauptet, daß er, solange er lebt, der Todfeind dieser bürokratischen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben wolle, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und zu beseitigen. So oft er sich auch an den Reden über die Politik der Partei beteiligt hat, unantastbar blieb ihm das Wesen der Sozialdemokratie als eine proletarische Klassenpartei mit revolutionärem Endziel. Er hat sich an den Arbeiter, die der Tag brachte, beteiligt, wie nur in seinen Kräfte stand; er hat im Rahmen des Klassenkampfes für die Arbeiterklasse herausgehoben gesucht, wobei er nur konnte; aber niemals hat er darüber vergessen, daß die Erhebung der proletarischen Macht und die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel bleiben müsse, dem sich alles andere unterzuordnen habe. Sein Mißerfolg konnte ihn von seiner unerschütterlichen Überzeugung abbringen, daß die Zukunft der Arbeiterklasse gelte, und daß die Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft nur da sei, um anderen Kampfmethoden so günstig wie möglich zu gestalten.

Die einzigartige Bedeutung August Bebels in der deutschen Arbeiterbewegung erklärt sich nicht allein daraus, daß, wie der liberale Geschichtsschreiber Memminger einmal sich äußerte, „mit einem Kopf wie Bebel ein Duzend ostheißende Fäuler so angefeuert werden könnte, daß sie unter Krebskräften glänzen würden“. Er war der Wortführer der unterdrückten und gedrückten Masse, er war ein Stück dieser Masse selbst. Wenn er sprach, so sprach aus ihm die Armen und Genden, wenn er anlagte, so klangen durch ihn die Geheulen und Seufzungen an. Die Arbeiterbewegung hat Wortführer gehabt, deren Form oder Wissen vielleicht größer als das August Bebels war; aber niemals einen, der so innig mit dem Willen und Wollen des Proletariats verbunden war. Das wußten die Massen, die zu ihm in unerschütterlichem Vertrauen aufstanden; das erst gab ihm die Stellung, die keiner sonst einzunehmen vermocht hat.

Der Unteroffizierssohn, der am 22. Februar 1840 in den rechtsrheinischen Kasernen von Köln geboren wurde, hat alle Leiden des Proletariats am eigenen Leibe erdulden müssen. Der frühe Tod des Vaters zwang die Mutter zu schwerer Arbeit, die nur einem geringen Verdienst brachte, sie aber dazu zwang, die Erziehung der Kinder zu vernachlässigen. Als Regeljunge, mit Kostloselbstmord, mit Gehirnrücken und Schenkelreinen mußte der kleine Bebel dabei helfen, daß die Familie nicht dem völligen Verfall übergeben würde. In Wehlar lernte er dann das Köhlergeschick-proletarische Handwerk kennen und lernte in seinem 14. Lebensjahre erloschte Tod der Mutter machte seinen Traum, sich dem höheren Beruf zu widmen, zunichte. Er wurde zu einem Drechsler in die Lehre gegeben und wenn er auch allen Fleiß anwendete, so ist es ihm doch niemals gelungen, zu besonderer Ausfertigkeit in seinem Gewerbe zu gelangen.

Aus der Enge der Kleinstadt befreiten ihn erst die Wanderjahre, die ihn nach Süddeutschland, nach Solzburg und nach Bayern führten. Sein unerläßlicher Bildungsweg

Frang mochte ihn den katholischen Gesellenvereinen zu. Die jungen Handwerker, Fabrikarbeiter gab es ja damals in Deutschland nur noch wenig, fast die einzige Gelegenheit gab, sich, wenn auch nicht allezeit, so doch einige Kenntnisse zu erwerben. Mit 20 Jahren lehrte er wieder nach Bessen zurück und blieb einige Monate bei einem Meister in Buchbinderarbeit. Im Frühjahr 1860 trat die entscheidende Wendung in seinem Leben ein. Er hatte sich wieder auf die Wanderschaft begeben; am 7. Mai 1860 kam er nach Leipzig und hier begann er seine eigentliche Lebensarbeit.

In Leipzig stieß er auf die Bildungsversuche, die von der liberalen Bourgeoisie an der Arbeiterklasse angeknüpft wurden. Nicht die Kenntnis von den gesellschaftlichen Zusammenhängen sollte ihnen vermittelt werden, sondern es genügte nach der Auffassung dieser Kreise, daß dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, sein Schulwissen zu erweitern und daneben noch einige Fachkenntnisse zu erwerben. Einige Jahre lang beteiligte sich Bebel an dieser Bildungstätigkeit, und es gereicht ihm keineswegs zur Unehre, daß er sich nicht schon durch die hantwärtliche Vorkasse zur Teilnahme am proletarischen Klassenkampf ausrufen ließ, sondern durch eigene Arbeit zur Selbstverständigung zu gelangen suchte. Den entscheidenden Anstoß zur Abkehr von den bisherigen Neigungen gab die Bekanntschaft mit Wilhelm Liebknecht, die er im Jahre 1865 machte. Der alte Liebknecht mochte nicht immer ein guter Mentorenkennner gewesen sein; aber in August Bebel hat er sich nicht getäuelt.

Länger als drei Jahrzehnte haben August Bebel und Wilhelm Liebknecht miteinander gewirkt. Sie waren nicht immer einig in ihren Auffassungen, aber gemeinsam an ihnen war der unerschütterliche Wille zur Revolutionierung der Arbeiterklasse, der aus den Quellen der Wissenschaft geschöpfte Glaube an die Mission des Proletariats, ihre Ueberzeugung von dem sicheren Siege des Sozialismus. August Bebel hatte es schwerer als sein älterer Freund. Den größten Teil seiner Zeit raubte ihm die Sorge um das tägliche Brot. Daneben aber mußte er in harter und strenger Arbeit des Geistes in alle Tiefen und Höhen der Wissenschaft eindringen und die Räden seiner Bildung ausfüllen. Jetzt erschloß sich ihm besonders die Wissenschaft, die die Grundzüge eines künftigen Weltens bilden sollte. Er erkannte die treibenden Kräfte des gesellschaftlichen Lebens, er erfasste die Gesetze der menschlichen Wirtschaft, wie sie Karl Marx und Friedrich Engels lehrten, er sah auch ihre weitere Entwicklung, die uns zur Befreiung des Proletariats aus der Lohnsklaverei des Kapitals führen kann.

So verstand es sich von selbst, daß August Bebel bald die Hierarchien der Kleinbürgerlich-liberalen Ideologie abstrifte und zum glühenden Befehrer der revolutionär-sozialistischen Weltanschauung wurde. Sein praktischer Sinn und seine proletarische Einsicht bewahrte ihn vor romantischer Revolutionspielerei. Er sah die Grenzen, die dem Befreiungskampf damals noch gezogen waren, er erkannte die Notwendigkeit, die Köpfe der proletarischen Massen erst zu revolutionieren, bevor sie dazu reif wurden, den Sturm auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu unternehmen. Noch ein Jahrzehnt lang war die Arbeiterbewegung in die beiden Richtungen der Lassalleaner und der Menckener gespalten; aber indem August Bebel mit aller Hingabe seines Wesens daran arbeitete, seiner Partei, die sich nach der Lösung vom liberalen Bürgertum sozialdemokratische Arbeiterpartei nannte, immer größere Massen von Arbeiter zuzuführen, bereitete er den Boden vor, auf dem sich 1875 die Einigung der beiden Gruppen vollziehen konnte.

Inzwischen aber brachte ihn eine Tätigkeit für die Arbeiterklasse in immer härteren Gegensatz zu den Gewaltigen des Klassenstaates. Auerst war wurde die junge Bewegung verspottet und verlacht, und als August Bebel seine parlamentarische Laufbahn eröffnete, schien es ein lächerliches Unterfangen, den Kampf gegen die kompakte Majorität der ihre Vorrechte mit Zähnen und Klauen verteidigenden Bourgeoisie aufzunehmen. Aber das Lachen und der Spott verging den Gegnern Bebel's bald, als sie sehen mußten, wie aus den Bataillonen der Arbeiter-Regimenter, wie aus den Regimentern ganze Armeen wurden. Nun suchte der Klassenstaat den hervorragendsten Vertreter der Bewegung unschädlich zu machen. Viele Jahre seines Lebens hat August Bebel hinter Kerrenauern zubringen müssen. Aber die ihn vernichten wollten, foraten selbst dafür, daß sich die Kräfte in Bebel erst recht entwickelten. Als väterliche Erbschaft hatte Bebel eine schwache Lunge mitbekommen, die mehrjährige Gefängnisstrafe erdulden mußte, wurde ihm zur Rettung. Im Kerker konnte er seine Gesundheit kräftigen, daneben fand er hinreichende Ruhe, um seine wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern und die Waffen des Geistes zu schärfen, die dann den Gegnern der Arbeiterklasse die tiefsten Wunden schlagen sollten.

Drei Jahrzehnte hindurch hat nun Bebel an erster Stelle des kämpfenden Proletariats gestanden. Er war nicht nur der beste Redner und der eifrigste Arbeiter im Parlament, er war zugleich der gewandte Kämpfer und der gewaltigste Aufkämpfer der Massen. Weitläufige Mann sein Wort. In Rede und Schrift hat er Unendliches für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse geleistet. Niemals hat er noch einer Führrolle getreut. Aber es verstand sich von selbst, daß August Bebel zum hervorragendsten Vertreter des Proletariats wurde.

Der revolutionäre Wille, der in August Bebel glühte, hat niemals verweht, seinen Willen für für das Tausendfache zu treiben. In der Lösung aller sozialpolitischen Fragen hat er entschieden und entscheidenden Einfluß genommen. Der Mann, dem seine Gegner vorgeworfen haben, daß er nur zerstören wolle und nicht aufbauen könne, legte schon 1877 dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, der bereits die Grundfragen für die kommende Sozialreform des Reiches bildete. Bei den bürgerlichen Parteien freilich fand er damit keinen Anklang. Erst als viel später die Geistes der Ausnahmeseher die Forderung der Arbeiterbewegung nicht aufhören konnte, hat sich die Regierung dazu angesetzt, der Arbeiterklasse nun Hungerbrot in Form der sozialpolitischen Gesetzgebung zu reichen. Vornehmendwert für die eindringliche und gewissenhafte Arbeit August Bebel's ist noch ein weiterer Vorgang ähnlicher Art. Im Jahre 1896 hat er in einer Brodschüre die entsetzlichen Zustände im Haderelagerwerke bloßgelegt und damit eine Wunderkurverordnung erzwungen, die die Arbeitszeit der Haderer zum ersten Male regelte.

Im Reichstag wurde schließlich Bebel zum gewählten Redner aller Parteien. Wenn er das Wort ergriß, dann füllte sich das Haus, denn selbst seine bittersten Gegner suchten, daß er stets etwas zu sagen hatte. Aber viel größer als im Reichstag selbst war die Wirkung seiner Reden draußen im Lande. Bebel selbst hat geäußert, daß es ihm nicht darauf ankomme, die bürgerlichen Parteien zu überzeugen, sondern daß er die Massen im Lande mit seinen Reden im Reichstag anzuregen wolle. Und das hat er denn in außerordentlich Weise getan. Wenn die Bedeutung des Reichstags auch in der Arbeiterklasse außerordentlich hoch, vielfach sogar überdacht wurde, so war das ohne Zweifel auf Bebel's parlamentarische Wirksamkeit zurückzuführen.

Auf den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zeigte sich aber noch eine dritte Seite von Bebel's Weir. Das war seine Haltung vor der sozialistischen Theorie, seine Einsicht in die sich im Schoße der Gesellschaft vollziehenden Veränderungen. Das bewahrte ihn davor, wie die Revisionisten, der Kleinarbeit des Tages eine allzu große Bedeutung beizumessen und darüber das sozialistische Endziel zu vergessen; das ließ ihn aber auch alle Bestrebungen abweisen, die wie etwa die Bewegung der „Jungen“ nach dem Falle des Sozialistengesetzes oder wie die anarcho-individualistische Mode fünfzehn Jahre später die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus in den Wind schlagen und das Proletariat auf den Boden des Verzweiflungskampfes abdrängen wollten.

So vereinte sich in August Bebel alles, was ihn zum Vorbild und zugleich zum Spiegelbild der proletarischen Klassenbewegung machen mußte: der revolutionäre Wille, der zur Verwirklichung des Endzweckes stürmisch drängte, der praktische Sinn, der die nüchternen Tatsachen des Lebens zu würdigen wußte, und die wissenschaftliche Erkenntnis, die aus der marxistischen Gesellschaftsauffassung schöpfte. Das machte seine Ueberzeugungstüchtigkeit zum unerschütterlichen Fels, an dem sowohl die Angriffe der feindlichen Mächte wie die Zweifel und der Meinungs im eigenen Lager zu scheitern wurden. So kam es auch, daß in frohen wie in trübigen Tagen das Proletariat Deutschlands wie der ganze Welt auf Bebel's Wort hörte und seine Entschlüsse von ihm entscheidend bestimmen ließen.

So kann uns auch in dieser Zeit der tote Bebel wieder eine lebendige Führerschaft werden, wenn wir uns immer das zu eigen halten, was Bebel's Stärke und Bebel's war. Entschlossen im Kampf, nüchtern in der Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse, sicher in der wissenschaftlichen Erkenntnis von den die Gesellschaft bewegenden Ursachen: das allein macht uns unüberwindlich, läßt uns nicht irre werden an unseren Ueberzeugungen, bewahrt uns vor Nihilismus und Niedergeschlagenheit über augenblickliche Mißerfolge. Karl Marx hat die Proletarier aller Länder aufgerufen, sich zu vereinen, und August Bebel hat dieses Wort in die Tat umgesetzt: kein besseres Vorbild des 80. Geburtstages des toten und des noch heute noch so lebendigen Bebel, als daß wir in keinen Wegen wandeln und das Proletariat auf neue Kräfte zu revolutionärer Sendung und zu gemeinsamer Front dem gemeinsamen Gegner gegenüber, der kapitalistischen Gesellschaft!

Der Verfassungsentwurf für Preußen. Ein neues Herrenhaus.

Wie die „P. P. R.“ erfahren, sind die Vorbereitungen unter den drei Reichsparteien über die neue preussische Verfassung so gut wie zum Abschluß gelangt. Die Vorlage wird nunmehr das Staatsministerium beschäftigen und in den ersten Wochentagen an die Landesversammlung gelangen. Das Einkammersystem wird darin aufgegeben und eine erste Kammer geschaffen, die den Namen Finanzrat führen soll, und dessen Zustimmung eingeholt ist, wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen, für neue Steuern, für die Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften sowie für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll. Dem Finanzrat sollen die von den Provinzen gestellten Vertreter Preußens im Reichsrat angehören, ferner der Präsident der Oberrechnungskammer, der Präsident der preussischen Staatsbank, der Präsident der Zentralgenossenschaftsliste und eine Anzahl vom Landtag zu wählende Mitglieder, die an Zahl um vier geringer sein sollen als die preussischen Mitglieder des Reichsrats. Der Landtag wählt seine Vertreter geheim nach den Grundfragen der Verhältniswahl. Wählbar ist nur, wer das 25. Lebensjahr vollendet und seit drei Jahren Preusse ist. Die Landtagsabgeordneten müssen bei ihrer Wahl in den Finanzrat ihr Mandat niederlegen. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der gewählten Mitglieder des Finanzrats aus. Die Sitzungen des Finanzrats sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Finanzrats sind immunität und erhalten Diäten. Beauftragter der Finanzrat ein Finanzrat oder einen Beschluß von finanzieller Tragweite, so hat er dies innerhalb zweier Wochen dem Landtag mitzuteilen und innerhalb weiterer zwei Wochen schriftlich zu begründen. Die Angelegenheit unterliegt alldann erneuter Beschlußfassung des Landtags. Gilt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit an seinem ursprünglichen Beschluß fest, so behält es dabei sein Bestehen, sofern nicht die Staatsregierung den Landtag auflösen will.

Es wird ferner verfügt, daß der preussische Verfassungsentwurf, „sich einfach, durchsichtig und streng demokratisch“ aufbauen soll. Geordnet wurde derselbe für eine Republik und ein Glied des Deutschen Reiches erklärt. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes. Das Volk gibt seinen Willen über die Staatsangelegenheiten durch den von ihm gewählten Landtag kund. Das Staatsministerium führt im Namen des Volkes die Regierung. Schlichter erhoben wir noch, daß bei den Mehrheitspartei die Ueberzeugung besteht, daß die Vorlage in der Form des Entwurfs eine große Schwierigkeiten zur Annahme bereiten werde. Immerhin wird ihre Vertagung erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, und an Neuwahlen für Preußen dürfte einzuwarten kaum zu denken sein.

Das Wesentliche an diesen Mitteilungen ist, daß das preussische Volk mit einem neuen Herrenhaus beglückt werden soll und daß die Reichsparteien, die hauptsächlich schon Wundereckpartei gewesen sind, gar nicht daran denken, Keimzellen vorzunehmen zu lassen. Im übrigen weiß man, was von der „einfachen, durchsichtigen und streng demokratischen Grundlage“ zu halten ist. Der Bundesrat hat uns bereits über, als alle diese schönen Worte!

Die lobenden Teufel.

Der Skandal, der am Freitag gegen Herrn v. Gerlach tobte, ist wohl der Höhepunkt dessen, was an Versammlungsstürmen von rasenden Teufeln bisher geübt worden ist. Ob er aber den Zenith ihres Strebens darstellt, das wagen wir nicht zu entscheiden. Wir glauben, daß diese Geschehnisse noch einer erheblichen Steigerung ihrer Tragweite fähig ist. In Unternehmungsgestalt wird sich mit jedem „Erfolg“ weiter steigern, denn jedes Auftreten zeigt von neuem, daß Regierung, Reichswehrminister und die politischen Behörden für die öffentliche Sicherheit in unerkennbaren Torschwächen an organisationalen Mängeln gar keinen Anlaß zu tatkraftigen Einschreiten gegen die organisierte Mordbuben-Gesellschaft finden.

Die spärlichen offiziellen Versicherungen sind, soweit sie als solche kennlich sind, auf den Ton milder Verhöhnung gestimmt oder stellen sich als Abschwächungsversuche dar. So läßt sich der „Vorwärts“ zu unserer Verurteilung, daß viele der zur Feststellung der Person vorkommenden verhafteten Skandalmacher Kostenausweise gehabt hätten, schreiben, das sei gar nicht verwunderlich, denn die Baltikamer seien eben einweilen noch Reichswehrruppen und darum seien sie im Besitz der Ausweise. Und dann bezieht er sich, mitzuteilen, es sei „einem manifest festgesetzt, daß ausschließlich Baltikamer die Aufhänger in der Versammlung waren, die gestern Abend noch auf der Tauschierstraße festgenommen und deren Personalien festgelegt wurden“.

Erfreut trifft das nicht zu, denn es sind unter den Festgehaltenen auch Uniformierte bemerkt worden, die die Abzeichen von anderen Reichswehrruppen trugen. Sodann bleibt der Vorwurf, der in der Feststellung liegt, daß zahlreiche Besucher von Kostenausweisen bei bewaffneten Ueberfällen auf feindliche Versammlungen mitwirkten, gerade darum auf der Reichswehr und der Regierung kosten, weil die Baltikamer noch immer zu den Reichswehrruppen zählen. Und unsere Frage, wie lange dieser Skandal noch dauern soll, bleibt zu Recht bestehen und muß mit stärkerer Betonung wiederholt werden. Es genügt nicht, daß der Polizeipräsident den dringenden Wunsch hat, die Baltikamer möchten bald aus Berlin verschwinden, wie der „Vorwärts“ mitteilt, sondern es muß schärflich gehandelt werden.

Lüdenhaft und darum irreführend ist auch der Bericht der Charlottenburger Polizeibehörde. Dort wird behauptet, daß nur Herr von Gerlach gewürgelt worden sei. Es heißt in dem Bericht: „Andere Versammlungsteilnehmer sind entgegen den Zeitungsberichten, nicht mißhandelt oder tätlich angegriffen worden, insbesondere auch nicht der Leiter der Versammlung, Gumpel.“

Das ist einfach un wahr. Gumpel ist schwer verletzt und auch andere Versammlungsteilnehmer, darunter sogar Frauen, sind von den Skandalbrüdern mit Erfolg tätlich angegriffen worden. Hervorgehoben muß werden, daß sich unter den Angreifern auf die Versammlung vor allem verkleidete Offiziere und Herren in „dornehaer“ Zivilkleidung hervorgehoben haben. Sie waren es, die das Signal zum Angriff gaben. Wären auch sie zu den Baltikamer? Wir haben keinen Anlaß, diese Sorte in Schutz zu nehmen, aber der Versuch, sich auf sie hinauszureden, um die anderen am Skandal mitschuldigen Elemente zu decken, ist zu durchsichtig.

Der Bericht einer Lokalcorrespondenz stellt übrigens fest, daß sich unter den Beteiligten sieben Offiziere befanden. Die „Post“, die den Bericht sonst vollständig wiederholte, unterläßt diesen Satz. Daß dieses Blatt im übrigen in längerer Darstellung den Verlaß macht, durch Verrechnungen der Tatsachen die Schuld an dem Skandal von den einzelnen Personen abzuwälzen, verheißt sich. Daß das Blatt dabei in einem Ton verfährt, der bei seinen Lesern die ohnehin vorhandene Meinung zu ähnlichen Ergebnissen reizen muß, ist ebenso selbstverständlich. Wir würden unsere Leser nicht mit Verspielen der in diesem Blatt bekundeten Gewissensfreiheit belästigen, wenn der Artikel der „Post“ nicht einen Passus enthielte, der doch niedriger angeht werden muß. Nachdem das Blatt unseren Bericht zitiert hat, in dem die Totschläger als verführte Subjekte dargestellt sind, schreibt er folgende Unerkennbarkeit:

„Nach der Befragung, welche die „Post“ von dieser Person abt, muß es sich um einen Unabhängigen gehandelt haben. Die Berliner Subjekte sind politisch wohl durchweg unabhängig oder kommunistisch orientiert.“

Daneben wird es den Lesern der „Post“ als eine befremdliche Tat erscheinen, wenn sie Unabhängige oder Kommunisten erschlagen.

„Koske aber sieht zu...“ schreibt das „Berliner Tageblatt“. Dann fährt es fort:

„Es war ihm gewiß nicht verboten, daß aus dem Baltikum, mit den anständigen, haben Menschen die anderen kommen würden und gefommen seien, die ihre Rache befriedigen wollten, in langsamem Lande aufleben jede Möglichkeit haben, die Ausführung von Gewalttaten als ihr bestes Recht zu erheben und der Republik die Ueberzeugungskraft ihrer Häute schärflich machen wollen. Es kann ihm auch nicht verboten sein, daß diese Elemente sich Organisations in Berlin und über das ganze Land schafften, daß sie außerordentlich viel Geld hätten, daß sie Standquartiere errichten, in denen es an nichts, und auch auch nicht an den nächsten Wahlen fehlte. So weit sie sich durch Organisation organisieren, wird es ihnen gelingen, kann man abwarten nichts dagegen einwenden, aber in den weißen Häuten dürfte über Absicht keine so harmlose sein. Was hat Koske getan, um der Gefahr für die innere Ruhe und Sicherheit vorzubeugen, die sich doch gewißlich an dieser Aufhebung Mancho's, gelammengedaltener „Baltikamer“ ergibt? Offenbar so gut wie nichts.“

Das Blatt fahrt dann Koske's „außerordentliche Verdienste“ um die „Ordnung“, aber doch findet an seiner aufrechten Orientierung nach links dieses und jenes anzusehen. Es schreibt weiter:

„Koske und andere seiner Artunde haben immer mit einem gewissen Eifer, den Terrorismus von links gefordert, der natürlich mit freierwilliger Entschlossenheit bekämpft werden muß. Aber so unheimlich es kela mag — die Verarmung des Terrorismus von rechts ist ebenso notwendig, und wir wollen doch noch hoffen, daß denjenigen, auf denen die Verantwortung lastet, auch dafür eine Kraft übrig gelassen ist. Gern möchte, wie vielerzigen, die sich scheren in der Versammlung des Herrn v. Gerlach abgesetzt haben, sind nicht eine zufällige Einzelheit.“

Der Terror der Rechten wendet sich allmählich mehr und mehr auch nach — rechts. Schon ist auf Eraberger geschossen worden und diesmal war ein Demokrat Herr von Gerlach, an der Reihe. Kann man wissen, wann morgen das gleiche Schicksal zugeht wird? Sollten dem Blatte darum allmählich Bedenken kommen? Aber so geht es, berichtet das Tageblatt, wenn man den hitzigen Terror nicht in jedem Falle von vornherein mit der nötigen Energie entgegentritt, nicht einmal dann, wenn er sich zu den schändlichsten Mordtaten an kommunistischen Personen oder an revolutionären Matrosen verhält. Denn das Tageblatt nie einen so vorurteilreichen Artikel über

Gemeindevertreterkonferenz.

Am 20. Februar und 1. März tagt in Berlin die Gemeindevertreterkonferenz für das Deutsche Reich. Die Konferenz tagt im Rathaus, Stadterordnetenitzungsaal, und beginnt um 10 Uhr.

Tagesordnung:

1. Grundsätzliche sozialistische Gemeindepolitik mit besonderer Berücksichtigung der Kommunalisierung. Referent: Genosse A. Henke;
 2. Unser Kommunalprogramm, Finanz- und Steuerpolitik. Referent: Genosse E. Wurm.
- Das Zentralkomitee legt Wert darauf, daß auf der Konferenz möglichst alle erfahrenen und tüchtigen Kommunalpolitiker unserer Partei vertreten sind.
- Das Zentralkomitee der U. S. F. D.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 21. Februar.

Das Spezzgesetz, durch welches es bestimmten Kommunen ermöglicht werden soll, das künftige Gemeinwesen Groß-Berlins durch zahlreiche Reorganisationen und Beförderungen von Beamten und andere Maßnahmen von weittragender finanzieller Bedeutung vorweg zu beschließen, wurde gestern, da es einen einmütigen Wunsch sämtlicher Parteien entsprungen ist, debattiert in erster und zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zur Ansicht daran wurde der Antrag der Demokraten, Frauen zur juristischen Prüfung zuzulassen:

Alle Parteien ließen durch ihre Abgeordneten ihr Einverständnis mit diesem Antrag bekunden. Demgegenüber stellte sich der Vertreter des Justizministers, Geheimrat Verjen, als Oppositionär dar. Er führte aus: Wenn die Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden sollen, müssen sie auch zum Richteramt zugelassen werden. Das geht aber nicht, weil die bestehenden Gesetze dem entgegenstehen. Die allgemeine Verfassungsbestimmung kommt nicht in Betracht. Deshalb kann der Justizminister dem Antrag nicht entsprechen.

Maria Arendsee (U. Soz.):

Am Justizministerium scheint der Geist der neuen Zeit ganz spärlich vorübergegangen zu sein. Auch den Sinn des Antrags hat man dort offenbar nicht erfaßt. Er will ja gerade, daß die Weibsgesetze, die der Betätigung der Frau wirtschaftliche Schwächen setzen, entsprechend dem neuen Wortlaut der Verfassung geändert werden. — Die Ausführungen meiner Parteifreundinnen haben bewiesen, daß auch bei den rechtsstehenden Parteien endlich mit den alten Vorurteilen gebrochen wird, die uns früher hinsichtlich der staatsbürgerlichen Stellung der Frau beherrschten haben. Die Frauen dieser Parteien sollten sich aber bewußt sein und werden, daß das eine Errungenschaft der Revolution ist.

Die Objektivität der Frauen ist in Zweifel gezogen worden. Wo haben wir denn überhaupt eine objektive Rechtsprechung gehabt? Die heutige Justiz ist ausgesprochen Klassenjustiz, die sich daraus erklärt, daß die Richter vielfach über Dinge urteilen sollen, denen sie ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechend weitgehend gegenüber stehen. Das trifft auch für alle Stufen zu, wo es sich um Frauen oder jugendliche handelt. Hier wird ein wichtiger Teil für die Frauen als Rechtsprechende sein. — Auch darüber ist Streit entstanden, ob nur verheiratete aber nur unverheiratete Frauen zugelassen werden sollten. Die Frage sollte überhaupt keine Rolle spielen, denn sie entspringt einem alten, überlebten Vorurteil.

Der Antrag wurde dem Rechtsauschuß überwiesen. Das gleiche war mit einem anderen Antrag der Demokraten der Fall, durch den eine Änderung des HeiB- und Berufssteuergesetzes bezweckt wird, dahingehend, daß landwirtschaftliche Eigentümer, seltene Tiere und Pflanzen dadurch unter Schutz gestellt werden.

Dann entspinnt sich eine breite Debatte über den Erlaß des Kultusministers über Geschichtsbücher.

Ministerialdirektor Jahnke gab zunächst die Erklärung ab, daß der Erlaß keine Schädigung der Verfasser herbeiführt. Die Besetzung der Geschichtsbücher während der Unterrichtsstunden sei lediglich unterlagert worden, um dem Geschichtslehrer die Möglichkeit zu geben, unabhängig von den Lehrbüchern seinen Unterricht mehr auf Kultur- und Wirtschaftsgeschichte einstellen zu können, als auf die Geschichte der Arrie und der Machtverhältnisse.

Der Sprecher der Demokraten griff den Erlaß an, weil er in der Geschichtsbüchern inwertierten materiellen Werte vernachlässigt. Im übrigen redete er einer sozial nationalitisch gefärbten „Schwieger“ Geschichtsbücher das Wort, wenn er sich gewisse Wünsche nicht leugnete. Auch die weiter rechtsstehenden Redner

praktischen Erfolge erzielen läßt, in politischem und wirtschaftlichem Ringen, durch parlamentarische Aktion und durch Massenarbeit in jeder Form, zugleich aber nur durch feste und unerbittliche Orientierung der ganzen Kampflinie nach dem sozialistischen Endziel kann die Sache des Proletariats trotz Sturm und Drang von Sieg zu Sieg streifen. Nur das treue und unerschütterliche Festhalten an dem alten revolutionären Charakter des Klassenkampfes mitten in all der Sorge des Tages vermag die Partei des Proletariats bei Stößen wie bei Niederlagen, bei Langsamkeit wie bei rapidem Wachstum in der inneren Jugendfrische und stolzer Kraft zu erhalten, wie sie sich August Bebel sein Leben erhalten hat.

Genosse Obuch:

Ein durchgreifende Umarbeitung der Geschichtsbücher ist unerlässlich. Bevor diese Aufgabe geklärt ist, mußte verhindert werden, daß weiterer Unheil angerichtet wird. Wir wollen den Erlaß auch auf die Lehrbücher der Volksschulen ausgedehnt wissen. Vor allem muß der byzantinische und der völkerverhetzende Geist aus den Geschichtsbüchern verbannt werden. Nicht der Erlaß, sondern der Lauf der Weltgeschichte hat die bisher benutzten Geschichtsbücher zu Makulatur gemacht. Sie (nach rechts) haben solange kein Recht, uns vorzuwerfen, wir wollten parteipolitische Schriften als Lehrbücher in den Schulen haben, solange Sie nicht soviel Objektivität aufbringen, auch unsere Anschauung zu ändern.

Schließlich wurde noch über die fernsichtige Anfrage beraten, welche den Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinargesetzes fordert. Für unsere Fraktion verlangt Genosse Paul Hoffmann, daß die gesamten Grundlagen des Beamtenrechts neuzeitlich geregelt werden.

Betriebsräte.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Holzindustrie!

Montag, den 23. Februar, nachm. 5 Uhr, finden für alle Beschäftigten in der Holzindustrie 7 Versammlungen in folgenden Lokalen statt:

- Süden: Miens Festhale, Sosenheide.
- Südost: Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelauer 14.
- Osten: Pfefferberg, Frankfurter Allee 813.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Nordosten: Boekers Festhale, Webersfr. 17.
- Norden: Büttner's Festhale, Schwedter Str. 23.
- Barus-Säle, Müllerstr. 142.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Kommt dazu in der Versammlung teil! Es gilt Stellung zu nehmen zu unseren nächsten Aufgaben.

Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin.

Funktionäre der Metallindustrie!

Arbeiter- und Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenvereine, sowie Betriebsvertrauensleute.

Dienstag, den 24. Februar, nachm. 6 Uhr, finden für folgende Untergruppen Funktionärerversammlungen in den angegebenen Lokalen statt:

- Untergruppe I. Werkzeug- und Werkzeugmaschinenbau. Lokal: Pfaffenstraße, Köpenick.
- Untergruppe II. Allgemeiner Maschinenbau, Großmaschinen, Kleinmaschinen, Lokomotiv-, Dampfmaschinen- und landwirtschaftlicher Maschinenbau. Lokal: Schulstraße, Köpenick.
- Untergruppe III. Automobil-, Flugzeug-, Fahrradindustrie, Wagen- und Waggonbau. Lokal: Schulstraße, Köpenick.
- Untergruppe V. Elektroindustrie, Maschinen-, Motoren- und Apparatebau, Mühlmaschinenindustrie. Lokal: Schulstraße, Köpenick.
- Untergruppe Va. Stromerzeugende Industrie. Lokal: Schulstraße, Köpenick.
- Untergruppe VI. Metallwarenherstellung, Schmied-, Tisch- und Gießereifabrikation. Lokal: Gewerkschaftshaus, Saal 2/3, Engelauer 14/15.
- Untergruppe VII. Eisenkonstruktion, Bau-, Schlosserei, Goldschmied-, Fabrikation, Blechverarbeitung. Lokal: Schulstraße der M. Gemeindefabrik, hinter der Garnhofkirche, Neue Friedrichstraße, Nähe Bahnhof Börse.
- Untergruppe VIII. Rohmetallverarbeitung, Schmelzen, Kupfer-, Messing-, Drahtwalzwerke, Zinnwarenherstellung. Lokal: Büttner's Festhale, Schwedter Straße 23.
- Untergruppe IX. Kleinmetalle, Haus- und Küchengeräte, Messerherstellung, Messwaren, Fabrikation, sanitäre Anlagen. Lokal: Barus-Säle, Uckerstraße 24.

Am Mittwoch, den 25. Februar, nachm. 6 Uhr, findet die Versammlung der Untergruppe IV. Mechanik, Feinmechanik, Optik, Uhren- u. Nähmaschinen-, Schreib-

maschinenindustrie, Chirurgische und orthopädische Instrumente. Lokal: Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstraße 16/17.
Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin.

Die Wobsparole der A F A!

Kampf für die Gleichberechtigung in der Produktionsführung!
Kampf für die Durchführung der Sozialisierung!
Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus!
Kampf gegen „Gewerkschaftsblinde“ und sonstige „Gorramie-Verdammte“!
Das Eintreten für die reifliche Betriebsolidarität gebietet es, unter Ausschaltung jeder politischen Zerklüftung einheitsliche

A F A-Listen

für die Angestellten oder mit den Arbeitern zusammen freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Jede Gewerkschaft mit politischen Listen ist abzulehnen.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Gründungssekretariat.
Betriebsrätezentrale für Angestellte.
Berlin SW. 61, Belle-Alliancestr. 7/10.

Versammlung aller Funktionäre der AFA-Organisation am Mittwoch, den 25. d. M., abends 6 1/2 Uhr, Neue Welt, Gartenstraße 108. Mitgliedsbuch legitimiert. Es sprechen die Kollegen: Aufhäuser, Paul Lange, Fritz Schmidt, Roske, Daubert, Schweitzer u. a.

Wie erfolgt die Feststellung über die Mitgliederzahl des Betriebsrates.

Die Berechnung, wieviel Mitglieder in den Betriebsrat eines Betriebes zu wählen sind, erfolgt auf der Grundlage der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Als „Arbeitnehmer“ gelten alle über und unter 18 Jahre alten Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Heimarbeiter und Lehrlinge.

Die Mitgliederzahl des Betriebsrates muß getragen in Betrieben mit 20-49 Arbeitern und Angestellten 3, mit 50-99 Arbeitnehmern 5, mit 100-199 Arbeitnehmern 8, mit 200 bis 999 Arbeitnehmern 7. Mit jedem weiteren Hundert Arbeitnehmer steigert sich die Mitgliederzahl in derselben Weise um ein Mitglied, so daß ein Betrieb mit 800-899 Angestellten und Arbeitern einen Betriebsrat von 10 Personen zu wählen hat. In Betrieben von 1000-5000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl für je fünfhundert Arbeitnehmer weiter um je ein Betriebsratsmitglied. 1000-1499 Arbeitnehmer wählen also 11, 1500-1999 Arbeitnehmer 12 Betriebsratsmitglieder und so fort bis es heißt: 3500-3999 Arbeitnehmer = 20 Betriebsratsmitglieder. In Betrieben mit 6000-14999 Angestellten und Arbeitern erhöht sich die Zahl der Betriebsratsmitglieder weiter um ein Mitglied für je tausend Arbeitnehmer. Ein Betrieb mit 6000-6999 Arbeitnehmern wählt also 22, ein Betrieb mit 14000-14999 wählt 29 Mitglieder in den Betriebsrat. 15 000 und mehr Arbeitnehmer wählen einen Betriebsrat in Stärke von 30 Personen. Wir empfehlen den Genossen, sich nach diesen Angaben selbst eine überschlägliche Tabelle anzulegen, die wir des knappen Raumes wegen hier nicht veröffentlichen können.

Wie erfolgt die Verteilung der Mitglieder für den Betriebsrat auf die Gruppe der Arbeiter und die der Angestellten? Es finden sich unter den „Arbeitnehmern“ sowohl Arbeiter wie Angestellte, so muß jede Gruppe — entsprechend ihrem Zahlenverhältnis bei Aufzählung der Wähler — im Betriebsrat vertreten sein.

Die Feststellung dieses Zahlenverhältnisses erfolgt durch den Wahlvorstand nach den für die Verhältnismäßigkeit geltenden Grundregeln des Wahlverfahrens.

Keine Gruppe darf weniger als einen Vertreter im Betriebsrat haben. Die Minderheitsgruppe, mögen es nun Arbeiter oder Angestellte sein, erhält wenigstens: bei 50 bis 200 Beschäftigten (in der Minderheitsgruppe) 2 Mitgl., bei 300 bis 600 Beschäftigten 3 Mitgl., bei 600 bis 900 Beschäftigten 4 Mitglieder, bei 1000 bis 2000 Beschäftigten 5 Mitgl., bei 2000 bis 5000 Beschäftigten 8 Mitgl., bei 6000 und mehr Beschäftigten 8 Mitglieder.

Beispiele: a) Der Betrieb hat 45 Arbeitnehmer, und hat mit 12 Betriebsratsmitgliedern zu wählen. Von den 45 Arbeitnehmern sind 12 Angestellte. Die Minderheitsgruppe der Angestellten erhält in diesem Falle mindestens 1 Vertreter. b) Der Betrieb hat 508 Arbeitnehmer, so daß 8 Mitglieder für den Betriebsrat zu wählen sind. Von den 508 Arbeitnehmern gehören

August Bebel.

Er ist uns unbezweifelbar im Kampfe vorangeschritten, fester durch den Erkenntnis des unaufhaltsamen geschichtlichen Geschehens, das durch den Hohn und die Liebe seines sittlichen Empfindens, das seine unerschütterliche Kraft von der Erhabenheit seines sozialistischen Menschheitsideals empfing. Niemand hatte ein feineres Ohr als Bebel für den Schrei der Masse und der Schwärze, der von bebenden Frauenlippen gitterte. Niemand hatte mit leidenschaftlichem heiligem Inständigem als er alle sozialen Ungerechtigkeiten und Vorurteile, die sich gegen unser Geschlecht lebten. Niemand glaubte fester und freudiger als er an unsere Zukunft und an unseren Wert. Deshalb ist er uns mehr gewesen als Wohnort und Führer allein. Er ist der Sprecher von Millionen Frauen geworden, die er gemahnt hat, sich auf ihr Menschentum zu besinnen; der große Gemüthliche, der uns allen immer wieder in Stunden äußerer Noth und innerer Konflikte die Kraft stärkte, an uns selbst zu glauben; er war der Berater, der große treue Freund von uns allen.

Den Sozialismus hat August Bebel den Frauen als das Band gewählt, das ihrer Seele Sehnsucht suchen muß. Er hat ihnen befohlen, auf dieses Band mit der glühenden Macht des Glaubens zu klopfen, der Verge verzieht, und für dieses Band zu arbeiten, wagt sich im stillen und kleinen, wie dafür im tosenden Schlachtfeld des großen sozialen Ringens der Klassen zu kämpfen. Damit hat er unserem Vorwärtstreiben einen tieferen Inhalt und ein erhabeneres Ziel gegeben, als die Forderung gleicher Rechte allein für Mann und Weib: gleiche, freie Menschlichkeit für alle.

Klara Zetkin.

Das Leben Bebel's ist für das kämpfende Proletariat die Welt wie ein offenes Buch, in dem auf jeder Seite zu lesen ist: nur durch unermüdbaren, rastlosen, keine Opfer, keine Mühen ersparenden Kampf um das Überleben, was sich an greifbaren

praktischen Erfolge erzielen läßt, in politischem und wirtschaftlichem Ringen, durch parlamentarische Aktion und durch Massenarbeit in jeder Form, zugleich aber nur durch feste und unerbittliche Orientierung der ganzen Kampflinie nach dem sozialistischen Endziel kann die Sache des Proletariats trotz Sturm und Drang von Sieg zu Sieg streifen. Nur das treue und unerschütterliche Festhalten an dem alten revolutionären Charakter des Klassenkampfes mitten in all der Sorge des Tages vermag die Partei des Proletariats bei Stößen wie bei Niederlagen, bei Langsamkeit wie bei rapidem Wachstum in der inneren Jugendfrische und stolzer Kraft zu erhalten, wie sie sich August Bebel sein Leben erhalten hat.

Rosa Luxemburg.

Bebel und die Frau.

Ein günstigeres Verhältnis bildet sich zwischen Mann und Frau im Proletariat heraus, insofern beide erkennen, daß sie an dem gleichen Stränge ziehen und es für ihre menschenwürdige Zukunft nur ein Mittel gibt: die gründliche gesellschaftliche Umgestaltung, die alle zu freien Menschen macht. In dem Maße, wie diese Erkenntnis sich auch unter den Frauen des Proletariats immer mehr verbreitet, idealisiert sich, trotz Not und Elend, ihr Bewußtsein. Beide Teile haben jetzt ein gemeinsames Ziel, nach dem sie streben, und eine unverlegbare Quelle der Anregung durch den Meinungsaustausch, zu dem ihr gemeinsamer Kampf sie führt. Die Zahl der Proletarierfrauen, die zu dieser Erkenntnis kommt, wird mit jedem Jahre größer. Hier entwickelt sich eine Bewegung, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft der Menschheit ist.

Da alle die natürlichen, vortrefflichen der Frau weiblichen Zustände im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft begründet sind und mit der Dauer ihres Bestandes sich steigern, so erweitert sich dieselbe als unabgig, diese Arbeit zu haben und die Frau zu befreien. Es ist also keine Frage eines anderen gesellschaftlichen Ordnungswegs.

Es muß eine Gesellschaftsordnung zu begründen versucht werden, in dem die volle Gleichberechtigung aller ohne Unterschied des Geschlechts zur Geltung kommt. Das ist durchführbar, sobald die gesamten Arbeitsmittel Eigentum der Gesellschaft werden; die gesamte Arbeit durch Anwendung aller technischen und wissenschaftlichen Kräfte und Hilfsmittel im Arbeitsprozeß den höchsten Grad der Fruchtbarkeit erlangt und für alle Arbeitsfähigen die Pflicht besteht, ein bestimmtes Maß von Arbeit zu leisten, das zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendig ist, wozu die Gesellschaft wieder jedem einzelnen die Mittel zur Entfaltung seiner Fähigkeiten und zum Lebensgenuss gewährt. Die Frau soll wie der Mann nützlich und gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft werden, sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflichten erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können. Dem Mann als Herr und Weib gegenüberstehend, ist sie vor unzulässigen Zumutungen geschützt. Die gegenwärtige Entwicklung der Gesellschaft drängt immer mehr auf einen solchen Zustand hin und es sind gerade die großen und schweren Kämpfe in unserer Entwicklung, die einen neuen Zustand herbeiführen können.

(Aus Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“)

Mart über Bebel's Bedeutung.

Am 1. September 1892 war die falsche Nachricht verbreitet, daß Bebel gestorben sei. In New York hatte sogar schon eine große Trauerfeier stattgefunden. Damals schrieb Karl Marx in einem Briefe folgendes:

Am Moment, wo ich an dich schreiben will, bringt mir der Gargon das „Journal de Bebel“ mit der Nachricht über Bebel's Tod. Es ist erschütternd; das größte Unglück für unsere Partei! Er war eine einzige Erleuchtung innerhalb der deutschen, von 1848 bis 1892, innerhalb der europäischen Arbeiterklasse.

119 der Arbeitergruppe und 86 der Angestellten an. Die Kinderheilstagungsgruppe (Angehörige) erhält in diesem Falle 2 Mitglieder im Betriebsrat, dann verbleiben für die Gruppe der Arbeiter 6 Mitglieder. c) Der Betrieb hat 18.000 Arbeitnehmer, mithin Anspruch auf einen Betriebsrat von 30 Mitgliedern. Von den 18.000 Arbeitnehmern gehören 14.900 der Arbeitergruppe und 3.100 der Angestellten an. Die Kinderheilstagungsgruppe (Angehörige) erhält mindestens 6 Mitglieder, dann verbleiben für die Gruppe der Arbeiter 24 Mitglieder für den Betriebsrat.

In diesen drei Beispielen ist die Zahl der Betriebsratsmitglieder angegeben, die nach § 10 die Kinderheilstagungsgruppe mindestens zu beantragen hat.

Der Wahlvorstand muß aber außerdem das Zahlenverhältnis nach den Grundzahlen der Verhältniswahl zur Verteilung der Mitglieder des Betriebsrats für die Gruppen feststellen.

Diese Berechnung geschieht in folgender Weise: Es werden die beiden Zahlen der in jeder Gruppe Beschäftigten in einer Reihe nebeneinander geschrieben und so lange durch 1, 2, 3 usw. geteilt, wie es die Aufrechnung der Mandate erfordert.

Kaufe Ausreden.

Am Freitag hat die Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre der S. P. D. zur Frage der Betriebsrätemaßen Stellung genommen. Während Herr Siering als Berichterstatter, sich noch einer gewissen Objektivität befleißigte, indem er, ohne zunächst auf den berühmten „Disziplinbruch“ einzugehen, erklärte, daß die Wahl leider nicht, wie es eigentlich notwendig sei, durch die Gewerkschaften durchgeführt werden könne, weil die Einheitsliste in den Gewerkschaften nur noch auf dem Papier stehe. Die Berliner Gewerkschaften werden jetzt von einer politisch-radikalen Strömung beherrscht, der gegenüber wir uns nicht ruhig auf die Seite stellen, sondern sie frisch und fröhlich bekämpfen sollen.“ Siering verzichtete also auf die vom „Vorwärts“ in den letzten Tagen betriebene Heuchelei mit der „freigewerkschaftlichen Liste“ und erklärte offen, daß er eben gerade diese freigewerkschaftliche Liste bekämpfen will, weil die Berliner Gewerkschaften jetzt von einer politisch-radikalen Strömung beherrscht werden. Das nennen wir offen und es besteht durchaus unsere Erwartungen. Auch wir haben ja von vornherein gesagt, daß die freigewerkschaftliche Wahlsache nur ein wandliges Brettchen spielen gewesen wäre, das den politischen Wahlkonflikt nicht hätte hindern können.

Herr Brodat bogegen, der Kämpfe des gelieblichen Volksgenossen, versucht abermals mit einigen Kläusen die „Schuld“ an den politischen Kämpfen bei den Betriebsrätemaßen in die Schuhe unserer unabhängigen Gewerkschaftsorganisation zu schieben. Er erklärt, er habe den Versuch gemacht, eine Verständigung zwischen der Gewerkschaftskommission und den beiden sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen. Aber schon am vorigen Freitag, also eine Woche vor der Versammlung, über die wir hier berichteten, habe man ihm im Ausschuss der Gewerkschaftskommission erklärt, daß man um den politischen Kampf bei den Wahlen nicht herumkomme. Erst darauf habe er seine Wahlvorbereitungen getroffen.

Das ist fauler Haaber, Herr Brodat. Damit sich keine Geheimnisse bilden, stellen wir fest, daß die U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission ihren Beschluß bezüglich des gemeinsamen Wahlkampfes mit unserer Partei und der Kontrolle der Betriebsräte erst am Dienstag gefaßt hat. Und ehe die Entscheidung fiel, besand sich bereits das von uns mehrfach erwähnte, ausgesprochen parteipolitische Flugblatt, bereits in den Händen unserer Gewerkschaftsmitglieder.

Zu weiteren Diensten gern bereit, Herr Brodat!

Gewerkchaftliches.

Die Differenzen im Holzgewerbe beigelegt.

Durch den im Reichsarbeitsamt gefällten Schiedsspruch vom 10. Januar 1920 über die Lohnfrage und Teuerungszulage kam es betreffend der Auslegung über die Anrechnungsfähigkeit zu Differenzen im Holzgewerbe. Die Unternehmer beriefen sich darauf, daß ihnen die Ziffer 7 im Schiedsspruch das Recht einräumte, im Dezember und Januar in irgendwelcher Weise gewährte Zulagen als örtliche Vereinbarung anzurechnen. Die Berliner Holzarbeiter konnten aber dieser Auslegung nicht folgen und waren der Meinung, daß weder im Dezember noch im Januar von einer örtlichen Vereinbarung die Rede sein könne und daß eine Anrechnung der im Dezember in mehreren Betrieben gewährten Lohnaufbesserungen nicht in Frage kommen könne.

Bezüglich der Anrechnungsfähigkeit der im Januar gewährten Zulagen stand es insofern anders, als der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe eine generelle Anweisung gegeben hat, eine Teuerungszulage von 50 % zu gewähren. Damit waren auch die Berliner Holzarbeiter einverstanden, daß über die Anrechnungsfähigkeit dieser Zulagen, dort wo sie gewährt sind, geredet werden könne.

Die Arbeitgeber waren anfangs nicht bereit, den Arbeitern in dieser Beziehung entgegenzukommen. Infolgedessen kam es in einer ganzen Reihe von Betrieben zur Arbeitsniederlegung. Dieses führte dazu, daß sich die Arbeitgeber bereit fanden in eine Verhandlung über die Frage der Anrechnung mit dem Holzarbeiter-Verband einzutreten. Die am gestrigen Tage gepflogenen Verhandlungen zeigten das folgende Ergebnis:

Der Schiedsspruch vom 10. Januar 1920 über die Teuerungszulage wird in folgender Weise ausgelegt:

Im Dezember 1919 bezahlte Zulagen sind nicht anrechnungsfähig. Angerechnet werden die vom 1. Januar 1920 ab bis zur Annahme des Schiedsspruchs, das ist bis zum 4. Februar ausschließlich von der Arbeitgeber-Organisation angewiesenen und demgemäß bezahlten Teuerungszulagen von 50 %.

Ab 12. Januar 1920 nachzugehen ist die Differenz zwischen den darnach sich ergebenden Teuerungszulagen des Schiedsspruchs und den wirklich bezahlten und anrechnungsfähigen Zulagen auf die Akkorde stammende Anwendung finden.

Die in den Akkorde getretenen Arbeiter haben nach Abschluß dieser Vereinbarung die Arbeit in den einzelnen Betrieben ungesäumt wieder aufzunehmen.

Diese Vereinbarung gilt für alle dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe angeschlossenen Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie.

Auf Grund der vorstehenden Vereinbarung ersuchen wir nunmehr unsere Kollegen, welche die Arbeit niedergelegt haben, die Arbeit unverzüglich in allen Betrieben vollständig wieder aufzunehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Die Massenrückmeldungen beim Magistrat.

Bei der Erwerbslosenfürsorge Berlin ist bekanntlich in den letzten Tagen 800 Hilfslosigkeiten gemeldet worden, unter der Motivation, daß die Zahl der Erwerbslosen zurückgegangen sei. Unter den Gemeldeten befinden sich Schwerverletzte, Kriegsbeschädigte, Invaliden und Angehörige, die schon seit langer Zeit angestellt sind. Infolge der bis über den Kopf im Krankenhaus liegen, kommen zur

Förderung des Gesundungsprozesses den Kranken Befehl in das Krankenhaus nachgeschickt. Die Entlassungen sind, trotz der Berichterstattung des Stadtrats, ohne Berücksichtigung der Demobilisierungsvorschriften erfolgt, was schon daraus zu ersehen ist, daß Rückmeldungen von Kriegsbeschädigten nachträglich zurückgezogen worden sind.

Das Reichsarbeitsministerium wurde in dieser Angelegenheit angerufen und wird sich am kommenden Donnerstag mit den Rückmeldungen befassen.

Da angeblich für 800 Angestellte keine Arbeit mehr vorhanden ist, richten wir an die Stadtverwaltung die beschriebene Anfrage, ob es ihr bekannt ist, daß in allen Dienststellen pro Monat für Tausende und Abertausende von Arbeitern gemacht werden? Ist es der Stadtverwaltung bekannt, daß Arbeiter von Beamten mit nach Hause genommen werden, daß ganze Beamtenfamilien Heimarbeit leisten?

Helft den Familien Inhabertier!

Die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiter sieht sich genötigt, mit der Bitte um Hilfe an weitere Kreise sich zu wenden. Viele revolutionäre Arbeiter sitzen im Gefängnis. Die Angehörigen brauchen Hilfe. Unsere Mittel gehen zu Ende, und wenn die Arbeiterschaft nicht hilft, kommen die Familien in Not.

Die Anforderungen steigen. Die Vorgänge am Reichstage haben uns neue Hilfebedürftige zugeführt, denen aber nur dann geholfen werden kann, wenn die Groß-Berliner Arbeiterschaft ihre Copierwilligkeit auf das Äußerste ausspannt. Wohl haben eine Reihe Grobbetriebe Vorbildliches geleistet, aber die Anforderungen sind zu groß, als daß wir erlassen dürfen. Aus diesem Grunde soll vom 18. bis 23. Februar eine

außerordentliche Sammelwoche

für den Unterstützungsfonds zur Unterstützung der Familien Inhabertier stattfinden! Hilfe, dringende Hilfe tut noch Verlangen unser Herd, dann müssen wir in allerhöchster Zeit die Familien der im Gefängnis schmachtenden Hilfslosigen selbst überlassen. Können Ihr Berliner Arbeiter das wollen? Berliner, wollt ihr das nicht, dann macht rege Propaganda für die Sammelwoche vom 18. bis 23. Februar!

Helfe alle, helfe schnell!

Sammelstellen sind erhältlich gegen Aufweis bei Adolf Baer, Rantauellstraße 72. Alle Geldsendungen erbiten wir ebenfalls an folgende Adresse.

Die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Achtung! Steinseher und Berufsgenossen!

Tarifbeirat Groß-Berlin.

Hiermit erklären wir allen Kollegen, daß die 20 Prozent Lohnerhöhung vom 1. Februar an für sämtliche Steinseher, Hammer, Steinbauer und Hämmerarbeiter gezahlt werden muß. Wo es nicht geschieht, ist sofort an der Geschäftsstelle Schönhauser Allee Nr. 120a, Abteilung 2 zu melden.

Wir bringen das nochmals zur Kenntnis, da erstliche Mitglieder vom Zentralvorstand sowie der Bauarbeiter Schulte die unmaßstäblichen Behauptungen verbreiten, um dadurch den neu gewählten Vorstand sowie die Lohnkommission, da dieselben zum linken Flügel gehören, herabzusetzen.

Das Holzgeld für Steinseher und Hammer ist voll zu bezahlen. Für die Hämmerarbeiter wird noch verhandelt. Eine Wirtschaftsbeihilfe für sämtliche Kollegen ist von den Unternehmern abgelehnt. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Unternehmern dazu zwingen. Darum Kollegen, Augen auf und achtet auf sämtliche Inzerate in der „Freiheit“.

Offizielle Berlin.

Am Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet in den Luna-Elden, Neue Königstraße 27 (am Königs-Or) eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Erscheinen aller ist dringend erforderlich.

Sämtliche Funktionäre, Obleute, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder treffen sich Montag abend 7 Uhr Dammstraße 100, Restaurant Ritz.

Der Vorstand. J. A. J. Sibura.

Achtung! Transportarbeiter in den Holzbetrieben!

Durch ein bedauerliches Versehen ist in unserem Verkommungsbericht über die Vertrauensmännerversammlung in Nr. 41 der „Freiheit“ die von dieser Versammlung angenommene Resolution in Fortfall gekommen. Wir tragen diese hiermit nach:

Die versammelten Funktionäre der Holzbranche im D. T. V. verpflichten sich nach besten Kräften die streikenden Kollegen materiell zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden Sammelstellen eingeführt, deren Ertrag den streikenden Kollegen zuteil werden soll. Sie appellieren an die Opferwilligkeit aller in dieser Branche tätigen Kollegen und hoffen damit den streikenden Arbeitern recht schnelle Hilfe zu bringen.

Die Listen werden bereits zur Zeichnung vorgelegt.

Achtung! Einfassierer!

Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist der zwischen dem Verein Berliner Waren- und Kredithäuser und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, am 25. November 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen für Einfassierer für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt. Nachdem nun die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen ist, ersuchen wir alle Einfassierer, welche noch nicht den tarifmäßigen Lohn erhalten, dies sofort der zuständigen Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Engelauer 14-15, Zimmer 80, zu melden, damit alle notwendigen Schritte unternommen werden können. Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß zu obengenanntem Tarifvertrag am 18. Februar 1920 zwischen den beteiligten Organisationen ein Nachtrag geschlossen wurde, wonach alle Einfassierer rückwirkend ab 1. Februar 1920 eine Lohnzulage von wöchentlich 25 M. zu erhalten haben. Wir ersuchen nun die auf Kredit laufende Arbeiterschaft, die Einfassierer darauf hinzuweisen, von ihren Arbeitgebern die Tariffrage zu verlangen, da in den gewöhnlich allzu niedrigen Verkaufspreisen die Löhne für die Einfassierer mit enthalten sind.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zur Lohnbewegung der Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Etern“.

Zu unserer Notiz in Nr. 88 fanden uns die Direktion der „Etern-Gesellschaft“ eine Notiz, in der sie behauptet, daß die Forderungen der Angestellten über die von uns gemachten Angaben hinausgehen und die Gesellschaft deshalb nicht allein dazu Stellung nehmen kann. Wir wie wir überzeugt haben, stimmen die von uns angeführten Lohnsätze, soweit diese allein in Betracht kommen. Doch sie nur als Grundlöhne zu betrachten sind und bei steigender Teuerung erhöht werden müssen versteht sich ja von selbst. Aber darauf kommt es in der Hauptsache nicht an, sondern auf das Vorgehen der Gesellschaft, als Antwort auf die Forderungen gegen Angestellten einfach zu kündigen. Seit erst in Verhand-

lungen einzutreten. Außerdem trifft es zu, daß heute noch Wochenlöhne von 80 bis 100 Mark gezahlt werden und die Firma durch Herrn Köder erklärt hat, sie gäbe nicht einen Pfennig, wenn sie nicht gezwungen werde.

Wir stellen also nochmals fest, daß die Firma die Kündigung ausgesprochen hat, ohne auf die angebotenen Verhandlungen mit dem Verband der Innenspezifiker in Verhandlungen einzutreten.

Für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Hotel-, Kaffee- und Restaurationsbranche sind mit den Unternehmer-Organisationen am 20. Februar neue Teuerungszulagen mit Wirkung ab 1. Januar 1920 vereinbart worden. Es erhalten die Angestellten ohne Rücksicht auf das Geschlecht zu ihrem jetzigen Gesamtlohn folgende Zulagen: Lehrlinge 50 M., Angestellte bis zu 22 Jahren 125 M., Angestellte über 22 Jahre 200 M. Die Berechnung der Gehälter erfolgt nach dem am 19. Dezember 1919 mit Wirkung ab 15. Oktober 1919 abgeschlossenen Tarifvertrage, der beim Zentralverband der Angestellten, Postgruppe 17, 11c Sektion der Hotel-, Kaffee- und Restaurations-Angestellten, 61 Belle-Alliance-Str. 7/10, 111 Tr. käuflich zu haben ist.

Oppositionelle Forderungen! Referenten für Betriebsratswahl-Versammlungen sind rechtzeitig anzufordern bei Karl Schmidt, B. 27, Steinmühlstr. 14. Referenten: Betriebsangehörige.

Krankentagenangestellte. Opposition. Versammlung Dienstag, den 24. 4 Uhr, Kutschhaus, Schmitz 2. Vortrag: Beitragen wir uns an den Betriebsratswahlen?

Zentralverband der Angestellten. Liste 7 Fraktionsversammlung am Donnerstag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2. Ausweis und Mitgliedsbuch mitbringen.

Oftener-Verband. Montag abend 5 Uhr findet Ortsmannschaft 28 bei Schichtbauer eine Versammlung der Oftener, die auf dem Boden der Opposition stehen, statt.

Königs-Liste Weissensee. Montag, den 23. 2. abend 7 Uhr, Betriebsversammlung in den Künsterhöfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. Stellungnahme zu der Art der Verteilung und Ausgabe der Erklärungen. Erscheinen jedes einzelnen unbedingt notwendig.

Aus den Organisationen.

1. Distrikt. Montag 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Wittner, Oelmannstraße 64. Vortrag des Genossen Schreiber: „Sozialistische Erziehung“.

4. Distrikt. Dienstag abend 7 Uhr Generalversammlung bei Genossen, Rantauellstr. 27. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent wird noch bekanntgegeben. Mitgliedsbuch legitimieren.

6. Distrikt, 7. und 8. Abteilung. Dienstag gemeinschaftliche Mitgliederversammlung in der Schulaula Georgenkirchstr. 2. Vortrag des Genossen Dr. Edmeyer.

7. Distrikt. Dienstag abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Andreasschützen Andreassstr. 21. Tagesordnung: 1. Betriebsrat wählen. 2. Beitragen zur Erziehung.

10. Distrikt. Montag 8 Uhr Zusammenkunft der Genossen, welche Knaben in der Schule Oberwalder Straße haben, bei Hoffmann, Eichenstraße 8.

12. Distrikt. Sonnabend, 28. Februar, abends 7 Uhr, Volksliederabend in der Aula des Gymnasiums Gieselerstr. 49. Eintritt 1 M.

13. Distrikt. Montag, 23. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung der Bildungskommission bei Höbner, Gieselerstr. 18.

15. Distrikt, 1. Abteilung. Montag, 23. Februar, abends 7 Uhr Elternversammlung der 303. und 40. Gemeindefschule, Ikenstraße. Die Versammlung findet in der Aula statt. — Dienstag, 24. Februar, abends 7 Uhr, Elternversammlung der 42. und 175. Schule in der Aula Dammstraße 100.

15. Distrikt, 2. Abteilung. Elternabende in der Schule und Bezirks-Obmann sowie deren Helfer und die Genossen Mitglieder der 203. Knaben-Gemeindefschule, Sonnenburger Straße 174. Mädchen-Gemeindefschule, Sonnenburger Straße, 178. Knaben-Gemeindefschule, Oberwalder Straße, 117. Mädchen-Gemeindefschule, Oberwalder Straße, 115. Knaben-Gemeindefschule, Kollnichen-Allee, 171. Mädchen-Gemeindefschule, Kollnichen-Allee, 200. (hoh.) Knaben-Gemeindefschule, Oberwalder Str., und 214. (hoh.) Mädchen-Gemeindefschule, Oberwalder Straße, treffen sich in dringender Angelegenheit am heutigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Ollrich, Kopenhagener Straße 74. Genossen, die sich noch für diese Schulen als Ratskassen pp. aufstellen lassen wollen, werden dringend gebeten, mit zu erscheinen.

14. Distrikt. Montag abend 7 Uhr Frauenabend bei Frau Odenburger Straße 10. Fort und der Stadt, Genossin Demming.

15. Distrikt. Montag, 7 Uhr, bei Frau, Rostocker Straße 27. Frauenabend. Um 8 Uhr findet eine Distriktskonferenz bei Alfred Reicher, Pultitzerstraße 10, statt.

16. Distrikt. Montag, abends 7 1/2 Uhr, Distriktsversammlung bei der Schulaula, Müller, Ecke Triftstraße. Tagesordnung: Politische Lage. Der Vorstand trifft sich eine Stunde früher bei Borkeloh, Borsdorfer-Straße 13.

17. Distrikt. Montag, abends 7 Uhr, Frauenabend in der Aula der 14. Gemeindefschule, Pionierstraße. Vortrag: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Ref.: Gen. Weise. — Dienstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in den Thurnschießen, Müllerstraße 142. Vortrag des Gen. Hilsberg. — Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Beyer, Müllerstraße 126, Vortrag des Gen. Pohle.

Widmungsausschuss Rantauell-Bezirksteil. 14. und 15. Distrikt. Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Schulaula Zwingsstraße 2: Vortrag über „Wirtschaftliche Streitfragen“. Ref.: Gen. Otto Wier. Eintritt 25 Pf. — Der nächste heitere Kunstabend findet am Sonntag, den 22. Februar statt.

Tellow-Bekehrung. Für alle in der Landvogelstraße tätigen Genossen findet am Freitag, 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 15, Saal 3, eine Zusammenkunft statt, in der die Genossen Zuberl und Klauener über Landarbeiterfragen sprechen werden.

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Dienstag, sondern am Montag, den 22. Februar, 7 1/2 Uhr, im Volkshaus statt.

Schöneberg. Dienstag 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Chausseeschule, Vorbarlossplatz. Genossin Pfeiffer spricht über das Betriebsratsgesetz.

Wilmersdorf-Galenfee. Das Zentralwahlbureau für die Elternabende befindet sich in der „Freiheit“-Exposition, Lindenburgerstr. 24, und ist am Sonntag von 10 Uhr ab morgens geöffnet. Alle Genossen und Genossinnen, die auch noch für kurze Zeit Wahlhilfe leisten können, wollen sich dort einstellen. Sonntag abends 7 Uhr in der Wilmersdorfer-Parkschule, Uhlenstraße, Ecke Goleiner Straße: Bekehrung-Pultenabend: Ederstrich, Dr. v. Wintzheim (Ref.). Genosse Dr. Brechtel (Ref.). Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pf. an der Abendkasse erhoben.

Neukölln. Rätekommission bei Wolf, Prinz-Handlery-Straße 60 am Montag um 7 Uhr, Rantauell-Bezirksteil um 8 Uhr. — Wilmersdorfer-Ausschuss Montag 7 Uhr im Parteibureau. Die Genossen, welche sich an der Beratung des Genossen Wegner beteiligen, treffen sich Montag 1 Uhr bei Engel-oth.

Steglitz-Teledona. Bildungskommission. Dienstag abend 7 1/2 Uhr beginnt im Lokal Schellhaas, Steglitz, Ahornstr. 15a, der monatlich erscheinende Kursus „Geschichte des Sozialismus“.

Tempelhof. Die Betriebsräte und Obleute sämtlicher Betriebe Tempelhof, die auf dem Boden der U. S. P. stehen, sowie die örtlichen Gewerkschafts- und Rätekommissionen werden für Montag nachmittags 5 Uhr zu einer sehr wichtigen Besprechung im Lokal von Becken, Tempelhof, Ringbahnstr. 8, eingeladen.

Tempelhof. Die Genossen und Genossinnen, welche bei den Wahlen zu den Elternabenden Wahlhilfe leisten wollen, treffen sich Sonntag vormittags 9 Uhr bei Hennig, Friedrich-Wilhelm- und Rantauellstraße Ecke.

Abteichhof. Die Parteigenossen treffen sich zur Teilnahme an der Beerichtigung des Genossen Albin Arndt heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokal von Berg, Bismarckstraße 45. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Bildungskommission Wilmersdorf. Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula der 2. Gemeindefschule, Rottschilstraße, Bekehrung unter Mitwirkung von Frau Diana Thier zur Riechen, Deumann, Frau Hans Teilg von der Volkshilfe und Emil Kompf.

Wilmersdorf. Elternabende. Eltern, deren Kinder die Wilmersdorfer Reform-Kindergarten, Parkhaus, und Cecilia-Kindergarten, Rantauellstraße 5, besuchen, findet Montag, den 23. Februar, 7 1/2 Uhr

A. WERTHEIM G.M.B.H.

Leipziger Straße Königstraße Rosenhaler Straße Moritzplatz

Ullstein-Schnittmuster
in allen 4 Geschäften

Seiden- und Kleider-Stoffe

Bourrette-Seide, bedruckt... Meter	37 ⁰⁰	Kostümstoff, zettwollener, ca. 130 cm breit	93 ⁰⁰	Voll-Voile, bedruckt, in großer Auswahl	25 ⁰⁰
Crêpe de Chine, schwarz... Meter	80 ⁰⁰	Kostümstoff, karirt, etwa 130 cm breit	108 ⁰⁰	Voile, hellgründig, Punkte und Karos, ca. 110 cm breit	25 ⁵⁰
Glacé-Taffet, 95 cm breit... Meter	95 ⁰⁰	Kostümstoff, Diagonal Gewebe, ca. 130 cm breit	112 ⁰⁰	Batist, bedruckt, Dirndl-Muster, 100 cm breit	25 ⁵⁰
Mantelseide, 120 cm breit, in verschiedenen Farben... Meter	115 ⁰⁰	Trikot, Wolle, für Jacken, schwere flauschige Qualität	310 ⁰⁰	Bedruckter Voile, 100 cm breit	30

Kinder- und Backfisch-Mäntel

Kinder-Paletot, aus meliertem Stoff, mit Raglan-Ärmel u. neuer Tasche Gr. 2	137 ⁰⁰	Backfisch-Paletot, aus blauem Stoff, mit roter Stepperel und Garnierung, Raglan-Ärmel	235 ⁰⁰	Backfisch-Paletot, aus meliertem Stoff, lose Gürtel-Form, mit rocher Stepperel und Taschen-Garnierung	275 ⁰⁰
---	-------------------	---	-------------------	---	-------------------

Eigene Schmelze - Direkte Verwertung

Höchste Preise

zahlt für

Platin-
Tiegel : Schalen : Brennstifte : Zahnstifte
Schmuckschalen : Brillenzubehörfelzen

Gold-
Barren : Medaillen : Schmuck : Zahngold
Bruchgold

Silber-
Barren : Medaillen : Abfälle
Bestecke : Lötblei

Kupfer	Messing
Nickel	Zinn
Zinn	Aluminium
Blei	Silbernitrat (Königs- wasser)
Geschirrzinn	Stanniolpapier
Flaschenkapseln	Glühstrumpfische

Quecksilber

Gegr. 1903 **Metallkontor** Gegr. 1903
Berlin SW68, Alte Jakobstr. 138
(Halleisches Tor)
Telephon: Moritzplatz 128 58
Gebüß werktätlich von 9-4 Uhr
Schnellste Erfüllung durch Postwertsendungen,
welche gewissenhaft und prompt erfolgen.

Eigene Schmelze - Direkte Verwertung

Metallkontor

Hohenzollernplatz 15

Kupfer pro Kilo M. 24.—
Messing „ „ 14.—
Blei „ „ 7.50

Gold- und Silber-Bruch

Achtung! Selbständige Achtung!
Schlossermeister, Klempnermeister,
Fabrikanten und Produzentenhändler
zahlen alle Arten Metalle die höchsten Tages-
preise! Abholung nach Uebereinkunft

Elektrometall H. Hahn SO 36, Ratiborstr. 9

Warnung! Bruchli ber!

Verkaufen Sie Ihr Bruchgold und Silber sowie
Platin, Zahngüsse nicht,
bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestr. 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.

Gold und Silbersachen

alt. Schmuck. Brillanten. Perlen. Juwelen jed. Art ankauf
Kersmann, Dln.-Hallenstr. 6, Markt-Str. 6,
part. (a. Kurfürstendamm), U. und + 549.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!

Platin-Zahngüsse, Zahn bis 75 Mark.
Goldbruch und Silberbruch! Sal-
peters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-
guss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!
Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln!
Schriftblei! Glühstrumpfische M. 100.— alle
Metalle höchstzahlend

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31
A. H. 4545

Kupfer 25.—

Messing 14.60, Rotguss 22.00
Blei 9.50, Zinn 7.20 per Kilo

kauf

Quade, Schmidstraße 36
Ecke Neanderstr. (Keller)

Kupfer bis 25.—, Messing bis 14.50, Blei bis 9.50,
Zinn 7.— b. 7.50, Rotguss 22.—, Reinzinn b. 80.—,
Weißmetall 30.— b. 35.—, Nickel 32.—,
Aluminium 17.— b. 20.—, Metallspäne

zahlt per Kilo, bei größ. Post. mehr, Metallschmelze
Mariannenstraße 24 an der Kottbuser Brücke,
Amt. Mel. 10688, Nebenanschl.
Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.

Kupfer 24.60,

Messing 14.60, Rotguss 22.—,
Blei 9.30, Zinn 7.50, Eisen 1.20
und mehr.

Eisen- und Metallgroßhandlung
Willy Seydlitz,

Hauptgeschäft: Neukölln, Lieberdastraße 4, Tel. 940,
Zweitgeschäft: Hermannplatz 4, Böhmische Straße 16 (Nähe
Richardplatz, Berlin, Schönhauser Allee 151).

Größere Posten werden abgeholt, Post- und Bahnsendungen
werden prompt erledigt.

Goldbruch u. Silberbruch
höchsten Tagespreise

kauft zum
C. Käferle, Frankfurter Allee 277 I.
Sonntags bis 4 Uhr zugängig.

Zahle die höchsten Tagespreise
für **Gold- und Silberbruch**
sowie **Platin, Kontakte**
Brennstifte, Zahnstifte.

Uhren- und Goldwarengeschäft
Bernhard Wuschack
Berlin S 14, Kommandantenstr. 61.

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 17,00 M.

linke **Blücherstraße 40**
Port. 2, H. 9-7 Uhr.

KUPFER
24.50 Mark

MESSING
14.50 Mark

und andere Metalle sowie
alte Gebisse kauft
Gotthelm, Mannensstr. 12.
und Schmidstraße 17a gegenüber Schülerstraße.

Alte Gebisse

auch zerbrochen, bis 3000 M.
Einzelne Platinstiftzähne von 19.25 bis 200 M.
doch nicht unter 19.25 M. pro Zahn.

PLATIN-
Brennstifte,
Kontakte usw. bis 300 M. pro Gramm.
Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und
Juwelen kauft zu den höchsten Tages-
preisen täglich von 9 bis 8 Uhr

J. Herz, Fehrbelliner Str. 52
Verkauf links parterre.
Sonntag nur von 6-8 Uhr abends.

An Alle!!!

Kupferleitungen, Dynamodrähte,
Kupferlitzen, Spalendrähte,
Isolierdraht, **Elektromotoren**
sowie sämtliche
Installationsmaterialien
kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Meigners, Alexandersir. 30.
Telefon: Alexander 2174

Platin
bei Zahn unter 18 Mk.
Gold-, Silberbruch,
kauft zu Höchstpreisen
S. Degen,
Liniestr. 77,
an Dönhofsplatz, 101, Tele. 10111-10112.

Kupfer bis 24.50
Messing „ 14.50
Blei „ 9.—

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berl. W. L. Linkstr. 10,
Tel.: Lützow 3708 und 8515

Zinn b. 35.—, Zink n. 7.—
etc., pro kg
C. Wilke
Stallschreiberstr. 45 Laden

Kupfer 25.00, Messing 14.70,
Blei 9.70, Zinn bis 7.20

bei größeren Posten mehr. zahlt

Metall-Einkaufs-Zentrale,
Moritzpl. **Kottbuser Damm 66.** Moritzpl.
135 80. 135 80.

Kupfer bis 23.—
Messing „ 13.50
Rotguss „ 19.—
Blei „ 9.—
Reinzinn „ 70.—
pro Kilo, bei größeren
Post. noch höher, zahlt
nur Metallschmelze
Prinzessinnenstr. 17
neben Wertheim Moritzpl.

Kupfer 14.50 M.
Messing 24.00 M.
Rotguss 23.00 M.
Blei 8.80 M.
Zinn 7.00 M.
Aluminium 16.00 M.
Zinn bis 70.00 M.
Weißmetall bis
30.00 M. per Kilo

zahlt nur
Produktion-Handlung
Dresdener Straße 14
am Kottbuser Tor
Mpl. 128 23
Wille erben auf Haupt-
gebäude 20 10011

Ueberbiete jede
Konkurrenz im
Ankauf von

Goldbruch
Silberbruch
Platin
Künstliche Gebisse
Georg Wiegeler
Reinickendorf
Herbststraße 16

Alt-Eisen, G. Bruch
bis 160.— M.
Kupfer 23.— M.

alle andere Metalle entgegen-
nehmend hohe Preise, kauft
Kamrath, O. W.
Cronenstr. Straße 30-32
Telefon: Köpenick 2104

Blei **Zinn!**
Welchme fall!

alle Sorten, 1 lb. Wert
zu höchstem Tagespreis
abgeholt, kein Aufschlag
Wilsdorf Str. 31, (Eck) 42111

Kupfer 24.—
Messing 14.—
Blei 8.75
Zinn bis 70.—
Zinn „ 7.—
Rotguss „ 17.50
Lagermetall bis 30.—
per kg im Laden

Driesener Str. 24
Ecke Schivelbeiner Str.

Kupfer bis 24.—
Messing 13.—
Blei 8.—
Zinn 7.50
Zinn 70.—
Eisen 1.20

Fuchs & Wild
Kaiserstraße 10
am Bahnh. Yorkstraße

Kupfer kg 25.00
Messing kg 14.50
Blei kg 9.50
Zinn kg 7.50

H. Samuelsohn
Berlin - O 26
Nauystr. 30
Amt Moritzpl. 400

Kupfer 23.00-24.00 M.,

Aluminium 19.00-20.00, Rotguss 19.00-20.00,
Messing 14.50-14.80, Blei 8.00-9.00 per Kilo,
Zinn 6.50-7.00, Zinn, Lagermetall kauft

Schlosserei NIEMANN,
Stalchenerstraße 55, am Moritzplatz.

Metall-Ankaufsstelle
Stallschreiber - Str. 50/51

zahlt für

Kupfer 25.— M.
Messing 14.50 „
Blei 9.50 „
Zinn 8.00 „

Gebüß von 9-6 Uhr

Alte Zahngüsse
per Zahn 15.— 18.—

Platin, Brennpitzen,
Kontakte, Tiegel usw.
Goldbruch + Silberbruch
kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Unger
Alte Schönbauer Str. 14-15, Uhren-Laden

Das Attentat auf Erzberger vor Gericht.

Im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgebäudes in Moskau begann heute vormittag der Prozeß gegen den Häftling a. D. Oltwig v. Hirschfeld, der sich seit dem 27. Januar in Untersuchungshaft befindet. v. Hirschfeld ist im Jahre 1880 als Sohn des Bankbeamten v. Hirschfeld geboren. Die Anklage lautet auf Nordverbrechen, das am 25. Januar in der Rathenower Straße begangen sein soll.

Bekanntlich wurden auf den Minister Erzberger am 23. Januar, nachmittags um drei Uhr, als er das Gerichtsgebäude verlassen hatte und bereits im Krastwagen saß, zwei Schüsse durch v. Hirschfeld abgefeuert. Der Attentäter wurde dann verhaftet und später dem Untersuchungsrichter zugeführt. In der Anklage wird gesagt, daß Hirschfeld durch die Lektüre verschiedener Zeitungen den Entschluß gefaßt habe, auf Erzberger loszugehen. Er besaß sich am 23. Januar in das Kriminalgericht, wo der Erzbergerprozeß verhandelt wurde und wohnte der Sitzung bei. Dabei reiste in ihm der Entschluß, ein Attentat auf den Reichsfinanzminister auszuführen. Hirschfeld wählte dazu einen kleinen Revolver aus, der sich bereits seit langer Zeit im Besitz der Familie befand. Nach der Verhandlung wartete Hirschfeld auf das Erscheinen des Ministers. Da der Schütze nicht wußte, welchen Ausgang der Minister wählen würde, verließ er ungefähr gleichzeitig mit Erzberger das Gebäude. Der Reichsfinanzminister und Geheimrat Hemmer, sein ständiger Begleiter, waren bereits im Krastwagen, während Reichsanwalt Friedländer noch am Schlag stand und dem Chauffeur einige Worte zurief. Hirschfeld redete den Minister an und fragte: „Sind Sie Herr Erzberger?“ Dann schoß er den Revolver gerade auf den Kopf Erzbergers ab. Reichsanwalt Friedländer suchte v. Hirschfeld zu fassen, aber dieser schob sich noch ein mal durch die Fenster. Die erste Kugel verletzte Erzberger nicht, wurde vielmehr durch Kleidungsstücke aufgefangen. Die zweite Kugel hat Erzberger offenbar verwundet. Der Angeklagte bestritt, daß er den Minister hat töten wollen. Er habe ihn lediglich verwunden und für einige Monate arbeitsunfähig machen wollen. Im Verlaufe des Prozesses ist die bekannte Hefersche Broschüre „Fort mit Erzberger“ beschlagnahmt worden.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Weigert, die Anklage wird vom Staatsanwalt Brünning vertreten. Dem Angeklagten stehen als Verteidiger Reichsanwalt Bohn und Rechtsanwalt Schröder zur Seite. Da der Angeklagte noch nicht 21 Jahre alt ist, hat neben den Verteidigern auch der Vater des Angeklagten, der Bankbeamte Gerhard v. Hirschfeld, Platz genommen.

Nachdem der Vorsitzende die Geschworenen auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen hatte, bat R. A. Dr. Bohn um einen Gerichtsbeschuß darüber, ob eventuell irgend ein Geschworener aus Grund seiner politischen Gesinnung und damit verknüpfte Erwägung Mißbilligung gegen den Angeklagten für sich für sich erklären darf. Staatsanwalt Brünning bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Politik an der Schwelle des Gerichtssaales halt zu machen habe. Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht den Antrag des Verteidigers ab und zwar wie der Vorsitzende in seiner Begründung erklärt, weil einer Urteilsfindung ein Richter sich aus seiner politischen Gesinnung nicht beeinflussen lasse.

Es erfolgt hierauf die Vernehmung des Angeklagten. Der Vorsitzende ermahnt den Angeklagten, sich bei seiner Aussage streng an die Wahrheit zu halten, da er dann eher auf Milderung rechnen könne. Der Angeklagte schildert seine militärische Laufbahn. Er war im ganzen nur ein Vierteljahr im Felde, nahm dann an einem Kriegsteilnehmerkursus teil, um sich auf das Militärenterminanten vorzubereiten. Seit Herbst 1919 war er auf dem Kaiser Wilhelm Realgymnasium in der Reichstraße. Er ist nicht sehr regelmäßig in die Schule gegangen, hat nebenher noch bei der Zentralfstelle der Einwohnerwehren Bureauarbeit getan. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er auf die Politik gekommen sei, antwortet der Angeklagte, daß die Revolution ihn auf die Politik gebracht habe. Er habe neben den rechtschreibenden Vätern auch „Völkerrisiko“, „Freiheit“ und „Mein Kampf“ gelesen. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die heutige Regierung, denen ständiger Vertreter Erzberger sei, wesentlich gegen unser Volkstum arbeite.

Der Angeklagte bestritt, einer Organisation oder einem politischen Verein anzugehört zu haben. Seine Ueberzeugung, daß Erzberger nur für England arbeite, habe er aus Hefersche Broschüre „Fort mit Erzberger“ entnommen. Er bekennt aber, daß er für diese Ueberzeugung keine Beweise hat. Der Angeklagte erklärt weiter, daß auch andere, kühnere, politisch geschulte Leute der Ansicht gemein sind, daß Erzberger ausgetrieben werden müsse, so z. B. auch Staatsminister Helfferich. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß Staatsminister Helfferich aus einem anderen Weg, nämlich den des Prozesses gewährt habe, erklärt der Angeklagte, daß der Gang des Prozesses viel zu langsam war und daß er davon überzeugt war, daß jeder Tag weiterer Tätigkeit Erzbergers dem deutschen Volke großen Schaden zufügen müsse. Angekl.: Ich wollte Erzberger zum sofortigen Rücktritt zwingen.

Ich wollte ihn nicht töten, denn ich beabsichtige die Weiterführung des Prozesses nicht zu verhindern.

In seiner weiteren Vernehmung erklärt der Angeklagte, daß er seine Tat gerechtfertigt als eine Notwehr betrachtet. Die Tat selbst könne er natürlich nicht als gut bezeichnen, aber seine Gründe halte er für gut. Erzbergers Tätigkeit habe er geradezu als Herausforderung für seine Tat angesehen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er nicht darüber nachgedacht habe, daß er sich mit seiner Ansicht über die Tätigkeit Erzbergers in den Kreisen der Presse äußern könne, bekennt der Angeklagte, daß er sich auch gefast, wenn der Prozeß, durch den Helfferich Erzberger bestrafen wollte, zu langsam geht, so müsse eben etwas geschehen, um Erzberger sofort zum Rücktritt zu zwingen. Das Auftreten Erzbergers im Helfferich-Prozeß habe ihn in seiner Ansicht von der Schädlichkeit Erzbergers noch bestärkt.

Der Angeklagte schildert dann die Tat selbst. Er ist nach dem Schluß der Verhandlung auf die Straße gegangen und hat dann an dem zweiten Ausgang in der Rathenower Straße das Auto des Ministers gesehen. Er hat sich an das Auto, das dem Reichsanwalt Erzbergers, Reichsanwalt Dr. Friedländer, mit dem Chauffeur sprach, herangebracht. In dem Auto saßen zwei Personen. Er hat dann die Frage an den Minister gerichtet, ob dieser Erzberger sei und dann geschossen. Infolge der Beleidigung Erzbergers und seiner Stellung im Wagen habe er die Waffe tief gehalten. Der erste Schuß hat Erzberger beinahe nicht verwundet. Der Angeklagte erklärt dann weiter, daß Erzberger nach dem ersten Schuß einen so jämmerlichen Eindruck gemacht habe, daß v. Hirschfeld sich zunächst gesämt habe, einen zweiten Schuß auf den Wehrlosen abzugeben. Angekl.: Ich habe absichtlich zu der Tat zu der ich erst während meiner Anwesenheit in der Gerichtsverhandlung den Entschluß gefaßt hatte,

nur einen kleinen Revolver genommen, und ich habe bei dem ersten Schuß mit Absicht nicht auf den Kopf gezielt, weil ich eben Erzberger nicht töten wollte. Den zweiten Schuß habe ich in der Verwirrung abgegeben, ohne irgend wie zu zielen. — Auf wiederholten Vorhalt des Vorsitzenden erklärt der Angekl.: Ich habe Erzberger durch zwei Schüsse verwunden wollen und zwar in die Brust und in die Schulter. Ich wollte ihn für mehrere Monate auf das Krankenlager werfen und ihn so aus der politischen Tätigkeit ausschalten. Ich wollte einen Nord nicht verüben, das widerspricht mir, aber ich habe mit der entferntesten Möglichkeit des Todes habe ich wohl immerhin gerechnet. Der Angeklagte betont wiederholt, daß er Erzberger auf keinen Fall töten wollte, er wollte ihn nur unschädlich machen.

Es wird darauf in die Beweisaufnahme eingetreten. Als Sachverständiger wird Geheimrat Prof. Dr. Hilbrand, der Minister Erzberger neben Professor Plesch beauftragt hat, vernommen, der ausführlich die medizinische Seite der Schußverletzungen erörtert und meint, selbst wenn die eine Kugel nicht die Luftröhre getroffen hätte und in den Bauch gegangen wäre, der Bauchschuß infolge des Keinen Kalibers durchaus nicht unbedingt tödlich zu sein brauchte. In den Zeitungsberichten, in denen das Verbrechen des Minister als sehr bedeutungsvoll dargestellt wurde, sei er ungenau.

Die Mutter des Angeklagten sagt aus, daß ihr Sohn von seiner Absicht nicht das geringste mitgeteilt habe. Sie verliest verschiedene Zeugnisse aus den Aktenanhangslisten Plön und Völkerrisiko, die günstig für den Charakter des Angeklagten lauten.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Der Angeklagte hat durch den Ausbruch der Revolution seine Zukunft vernichtet; er wollte Offizier werden, und bei ihm setzte sich die fixe Idee fest, daß hieran die Regierung, ganz besonders aber der Minister Erzberger schuld sei. Eine Willkürfreiheit im vollen Sinne war bei dem Angeklagten sicher nicht vorhanden. Er ist aber keinesfalls bei Begehung der Tat geisteskrank im Sinne des § 31 gewesen. — Staatsanwalt Brünning: Sie halten also den Angeklagten für seine Tat verantwortlich? — Sachverständiger: Ja.

Die Plädoyers.

Erster Staatsanwalt Brünning richtet die eindringliche Bitte an die Geschworenen, sich bei ihrem Wahrspruch lediglich von dem Ergebnis der heutigen Verhandlung und nicht von politischen Anschauungen leiten zu lassen. Das Ergebnis der Beweisaufnahme habe die Tat lächerlich und zurechtfindend bezeugt. Einsehender verbreitet sich der Anklagevertreiter über die Verweigerung des Angeklagten, dessen Notwendigkeit man voll glaubt.

92) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermyna zur Rühle.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts war Major Coddis, früher Professor der Nationalökonomie an einer großen Universität; das heißt, er war von einem Bankiershintergrund gewählt worden als ein Mann, der fest an die herrschende Klasse glaubte, und durch nichts auf der Welt veranlaßt werden konnte, an etwas anderes zu glauben. Er war ein äußerst ehrenhafter Mensch, „feinesgleichen“ gegenüber Lebenswürdigen und anziehend; doch hatten, seiner Ueberzeugung nach, die unteren Klassen unbedingt zu gehorchen, da das Bestehen der zivilisierten Gesellschaft auf diesen Gehorsam begründet war.

Neben ihm saß Oberst Rye, ein völlig verschiedener Typus. Rye hatte Mexiko und Mittelamerika als Gläubritter durchstreift und hatte sein Glück als Führer einer jener Condotieri-Banden gemacht, die vor dem Kriege von den großen Körperkorporationen organisiert worden waren, um Streiks niederzuschlagen. Er hatte eine Privatarmee von fünfzigtausend Mann befehligt, Reiter, Fußtruppen und Artillerie, dem Publikum unter dem Namen „Smithers-Delegations-Agentie“ bekannt. Während eines großen Kohlengrubenstreikes hatte ihn die Staatsregierung zum Führer der Miliz ernannt, und er hatte sich damit beliebt, die Maschinenengewerke gegen eine von Frauen und Kindern bewohnte Kolonie loszulassen. Es wurde gegen ihn von einem Militärgericht ein Prozeß wegen Mord angehängt, der mit seiner Freisprechung endete — so daß von nun an kein Zivilgericht ihn zum Tod durch den Strang verurteilen konnte. Nun war er automatisch von der Miliz ins reguläre Heer übergegangen, wo er als äußerst tüchtiger Offizier mit viel Sinn für Disziplin galt.

Bremierminister Olson war Kommissar in einer Kurzwarenhandlung gewesen; er hatte sich freiwillig in ein Erzbergerlager gemeldet und da er ein Strecker war, blidte er stets nach seinen Vorgesehnen, bevor er ein Urteil aus sprach; das gleiche galt von Hauptmann Cushing, vor dem Kriege ein gutmütiger junger Bankbeamter mit einer hübschen Frau, die sein Gehalt seit ein paar Monate früher ausgab, als er es bekam. Der fünfte Offizier, Leutnant Cavanaugh, sprach am meisten, weil er Jimmies direkter Vor-

gefehrter war und die Rednerden im Prozeß geleitet hatte. Er und Major Prentice, der Auditor, hatten die ganze Sache entworfen, zusammen mit Hauptmann Arthur, dem jungen Advokaten, der formell Jimmies Verteidiger war. Diese drei erklärten, der Fall sei äußerst ernst, die bolschewistische Propaganda bei der Expedition von Archangel müsse im Keim erstickt werden. Jimmie war wegen Insubordination und Aufbebung zur Rebellion angeklagt. Darauf stand Todesstrafe.

II.

Jimmie sah auf seinem Stuhl, unfähig, zu erlassen, was um ihn her geschah, weil ihn die geschwollenen Daunen und Arme allzu sehr kitzelten. Seine letzte Hoffnung war erloschen, nun interessierten ihn die Vorgänge nicht mehr; er brauchte seine ganze Energie, um Herr über seine fürchterlichen Schmerzen zu werden. Er weigerte sich, zu sagen, woher er die Flugblätter habe; als sie ihn mit Fragen peinigten, stöhnte er bloß leise vor Schmerzen. Nur zweimal brach er aus: das erstemal, als Major Coddis seiner Empörung Worte verließ, daß ein Bürger der großen amerikanischen Demokratie sich mit der bolschewistischen Brut einlasse, die in Russland den Terror verbreite, fange, morde, foltere —

„Wer spricht von Foltern?“ — rief Jimmie aufschnellend. — „Gibt ihr mich etwa nicht gefoltert, mich buchstäblich in Stücke gerissen?“

Der Gerichtshof war empört. „Foltern!“ — rief Hauptmann Cushing.

„Ja, gefoltert, seit Tagen, vielleicht seit Wochen; ich weiß es nicht, wie lange ich schon in dem Verlies liege.“

Major Coddis wandte sich Feldwebel Perkins zu, der hinter Jimmies Stuhl stand, kann ich, seine Hände vom Hals des Gefangenen fernzubehalten.

„Was soll das heißen, Feldwebel?“

„Es ist eine Lüge, Herr.“

„Schauen Sie meine Daumen an!“ — rief Jimmie. „Er hat mich an ihnen aufgebängelt.“

mehr, als die des Gefangenen; das Wort eines Soldaten, erprobten Untergebenen nicht mehr, als das eines Verräters, Verhörsörers, dessen Sympathien für den Feind nachgewiesen waren.

Der Vorsitzende fragte den Gefangenen, ob er wisse, daß er die Todesstrafe verdient habe? Da er keine Antwort erhielt, teilte er Jimmie mit, das Gericht würde die Strafe über ihn verhängen, falls er nicht seine bolschewistische Helfershelfer nenne, damit das Heer fürderhin vor der Propaganda dieser Mordbuben beschützt werden könne. Jimmie fuhr auf — weniger heftig, als das erste Mal, doch mit wilder Ironie in der Stimme. „Wo druben, la-er Sie? Und schiden Sie sich nicht ein selbst an, mich zu ermorden?“

„Wir handeln nach dem Gesetz.“

„Sie nennen das eine und die Völkerrisiko, das andere Gesetz. Sie töten jene, die Ihnen nicht gehorchen, die Völkerrisiko tun dergleichen. Wo liegt da der Unterschied?“

„Sie töten alle gebildeten, geistlichenden Leute in Russland.“ — erwiderte Major Coddis streng.

„Alle reichen Leute“ — sagte Jimmie — „Sie wollen die Reichen zwingen, sich über's Gesetz zu unterwerfen, weigern sie sich, so werden sie getötet. Tut ihr denn nicht das gleiche mit den armen Leuten? Habe ich euch nicht an der Arbeit gesehen — bei jedem Streik. Fragen Sie den Oberst Rye. Hat er nicht gesagt: Zum Teufel mit dem „habeas corpus“ (Gesetz), ich will euch „post mortem“ (Tod) geben!“

Oberst Rye errödete; er wachte nicht, daß ihm sein Ruhm von Colorado bis ans Eismeer gelohnt war. Das Gericht beeilte sich, ihn zu schämen. „Hier wird keine sozialistische Debatte abgehalten. Es ist klar, daß der Gefangene verstoßt und renitent ist. Es gibt also keine Milderungsgründe.“ Das Gericht fand Jimmie Higgins schuldig und verurteilte ihn zu zwanzig Jahren Militärhaft — eine äußerst milde Strafe, wenn man die Umstände in Erwägung zog. In Newdort fanden zur gleichen Zeit fünf russische Juden, alle fast noch Kinder, darunter auch ein Mädchen, vor Gericht, die genau des gleichen Verbrechens, das Jimmie begangen hatte, angeklagt waren: sie hatten einen Anruf verteilt des Inhalts, die amerikanischen Truppen mögen aufhören, russische Sozialisten zu töten. Diese fünf jungen Menschen wurden zu zwanzig Jahren Kerker verurteilt, und einer derselben wurde in seiner Zelle von der Newdorter Stadtpolizei zu Tode gefoltert.

(Fortsetzung folgt.)

ken konnte. Die Tat des Angeklagten sei nach dem Ergebnis der Vernehmung als verführter Mord zu bestrafen, was der Staatsanwalt durch die Schilderung der Ausführung der Tat näher darlegt. Der Angeklagte habe selbst zugegeben, daß er mit der Absicht des Todes Erbsbergers geschweigt habe, damit habe er den Vorzug auf Lösung bestritten. Der Angeklagte habe nicht nur mit Verleumdung gehandelt, sondern er sei geradezu planmäßig vorgegangen. Der Angeklagte beantragt Verurteilung der Straftat zu 1. und zwar dem Angeklagten in mildernde Umstände zuzulassen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wahn plädiert auf Freisprechung. Er sehe die Tat unter einem ganz anderen Gesichtspunkt als der Herr Staatsanwalt. Rechtsanwalt Wahn erläutert dann an Hand einer Reihe von Beispielen von Attentaten, in welchen Fällen solche Vergehen als verdammenwürdig betrachtet wurden oder wann sie verherlicht wurden. Es sei nicht richtig, alles in einen Topf zu werfen. Die Männer, die jetzt an der Spitze der Regierung ständen, seien ja auch auf Grund einer Umwälzung, also durch Gewalt zur Macht gelangt. Da könne man sich nicht wundern, daß die Anhänger des alten Regimes sich damit nicht befreunden können. Was die Tat selber betreffe, so habe der Angeklagte zweifellos nicht aus Mordlust gehandelt. Auch das Beispiel Krebs habe keinen Einfluß auf ihn gehabt. Niemand hat ihm Geld dazu gegeben, oder ihn beeinflusst. Aus rein idealen Motiven hat er die Tat ausgeführt. Ein Attentat gegen Erbsberger lag damals sozusagen in der Luft. Aus Presseäußerungen, wie z. B. „Erbsberger ist jugendlich, aber nicht jugendlich“, was auch aus der Helfferich-Broschüre, erahnte sich, daß Erbsberger außerordentlich schärf angegriffen wurde. Und schließlich sei es doch der Vorzug der Jugend, für sich zu sein und nicht so zu handeln, wie reife Männer es getan hätten.

In zahlreichen Aufschriften, darunter von Universitätsprofessoren, sei das Attentat als eine patriotische Tat gefeiert worden.

Nach fast einstündiger Beratung lehrten die Geschworenen in den Saal zurück. Um 6 1/2 Uhr verkündete der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen. Die Frage des Verurteilten wurde freigesprochen. Die Frage der Körperverletzung bejaht und eben die Frage der mildernden Umstände.

Das Urteil

Das Landgerichtsdirektor Weigert noch kommt einseitigförmiger Benennung verurteilt, lautet auf

1 Jahr 6 Monate Gefängnis,

auf die die Untersuchungshaft von 26 Tagen angerechnet worden ist. Der Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt, weil nach Inhalt des Berichtes mit Rücksicht auf die noch zu verhängende hohe Strafe Rücksicht vorliegt. In der kurzen Begründung, die der Vorsitzende gab, wird als strafverwehrend hervorgehoben, daß politische Attentate auch in dieser Zeit aufs schärfste zu verurteilen sind, und daß es nicht gelte, daß man politische Gewalt durch die Anwendung von Waffen unschädlich zu machen sucht. Strafmißbrauch hat das Gericht die Frage des Angeklagten, seine ideale Gefährdung und seine bisherige Straflosigkeit berücksichtigt.

Die Schüsse auf Erbsberger haben gestern ihr gerechtes Nachspiel gefunden. Die Verhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte nicht der Beauftragte irgendeiner Partei oder einer Organisation gewesen ist, sondern auf eigene Faust gehandelt hat. Aber mit aller Deutlichkeit bewies auch die Aussage des Angeklagten selbst, daß die maßlose Hebe, die von deutschnationaler Seite seit langem gegen Erbsberger geführt wird, dem Angeklagten zu der Tat verleitet hat. Besonders ist es Helfferichs Broschüre „Fort mit Erbsberger“ gewesen, die der Angeklagte geradezu als für sein Denken maßgebend bezeichnete. Was sagt man hier zu den „intellektuellen“ Urhebern? Der Angeklagte ist zu einer verhältnismäßig geringen Strafe verurteilt worden. Wir sind nicht erbost darüber, verlangen auch keine schärfere Bestrafung. Nur möchten wir wünschen, daß endlich auch einmal im Verfahren gegen Revolutionäre Anerkennung idealer Absichten und allgemein-menschlicher Erwägungen wie Jugend, Zeitverhältnisse und dergl. berücksichtigt werden. Ehrenvolle Motive werden im republikanischen Deutschland nur adligen Attentätern anerkannt, während es sich bei Revolutionären, wie Levin und andere ganz selbstverständlich um ehrlose Motive handelt. Schärfer kann die Klasse nicht hervortreten.

Von besonderem Reiz waren die Ausführungen, die der Verteidiger Rechtsanwalt Wahn in seinem Plädoyer machte. „Ein Attentat auf Erbsberger lag damals sozusagen in der Luft“, womit die Hebe der Alldeutschen wider Willen richtig gekennzeichnet ist. Daß selbst Universitätsprofessoren von der Tat begeistert waren, nimmt bei der politischen Einstellung der Mütter der Wissenschaft nicht weiter Wunder.

Der politische und moralische Tiefstand der alldeutschen Propaganda ist durch die gestrige Verhandlung in hellstes Licht gesetzt. Ihre praktischen Auswirkungen hat jetzt erst wieder der Fall Verlach gezeigt.

Elternbeiratswahlen.

Am heutigen Sonntag finden in vielen Orten Groß-Berlins die Wahlen der Elternbeiräte statt. Das notwendige zu diesen Wahlen haben wir in dem Artikel in unserer gestrigen Morgennummer bereits gesagt. Wir richten heute nur noch einmal an alle Genossen und Genossinnen, die schulpflichtige Kinder haben, das dringende Ersuchen:

Teilnimm an alle recht eifrig an der Wahl und stimme nur für die von der U. S. P. empfohlenen Kandidaten!

Nachstehende Mitteilungen empfehlen wir noch zur Beachtung: Schöneberg. Heute finden die Elternbeiratswahlen statt. Weist alle Säuglinge im Hause darauf hin. Wahlzeit von 9 bis 6 Uhr. Jeder hat die Pflicht, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen. Wahlbureau Koppel-Bauhaus-Straße bei Baum.

Lichtenberg. Elternbeiratswahlen heute von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Wahlort ist in der Schule. Stimmzettel, die nicht auf eine vom Wahlort öffentlich bekannt gemachte Liste lauten, sind ungültig. Personalaufruf zur Wahl mitbringen!

Lichtenberg. Eine Elternversammlung findet am Montag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Cecilia-Angebot, Rathausstraße, statt, zu der die Eltern der Schüler und Schülerinnen des Realgymnasiums an der Parlaue und des Cecilia-Angebots Zutritt haben.

Überschöneberg. Heute, Sonntag, von 9 bis 6 Uhr, findet die Elternbeiratswahl statt. Für die 1. Schule gilt die Liste Sibilla Krause, für die 2. Schule: Luise Burgschot, für die 3. Schule: Gustav Krause, für die 4. Schule: Gertraud Wankenstein und für die 5. Schule: Friedrich Demke.

Mehrschulhausen. Die Elternbeiratswahl findet heute in der Zeit von 10 bis 6 Uhr statt. Kandidaten sind für die Gemeindefschule Hantelburger Straße: Liste Seeger; Bismarckstraße: Liste Buchweiz; Charlottenstraße: Liste Reinhard. Es wird starke Beteiligung erwartet. Die Parteigenossen haben sich am Sonntag morgen um 9 Uhr bei Genosse Ratis, Eichenstraße 70, zu wichtiger Arbeit einzufinden.

Schleiden (Wannseebahn). Die Elternbeiratswahlen finden heute in der Zeit zwischen 10 und 6 Uhr statt. Die Wahllokale sind für die Nordschule im Schulhaus Potsdamer Straße, für Schlachensee, Schulhaus Schlachensee, Dabromplatz; für beide gilt Liste Hedwig. Für die Südschule wird im Schulhaus Wilhelmstraße gewählt, hier gilt Liste Wendland. Es ist dringende Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, welche Kinder in der Schule haben, pünktlich zur Wahl zu kommen.

Am Montag, den 21. Februar 1920, abends 7 Uhr, Wählerversammlung für die Eltern, deren Kinder in der 67. Anaben- und 13. Mädchen-Schule, Eichenstraße 19, befinden im Lokal von Bedoff, Streiber Str. 10. Tagesordnung: 1. Das sozialistische Schulprogramm und die Elternbeiratswahlen; Referent Oberlehrer Dr. Otto Lühr. 2. Diskussion.

Groß-Berlin.

Zur Wohnungsmisere.

Das Wohnungswesen ist noch im Steigen. Wohnungsamt und Wohnungsinspektionen sind ohnmächtig. Um das Publikum sich vom Halse zu halten, schließen sie die Büros tagelang und lassen Wohnungssuchende nicht hinein. Und wenn die Leute nach diesen Wohnungsinspektionen kommen, sind sie einer Behandlung ausgelegt, die oft skandalös genannt worden muß.

In Zukristen wird vor allem über die in der Greifswalder Straße belegene 7. Wohnungsinspektion geklagt, aber auch andere treten in puncto Bureaualtruismus nicht hinter der genannten zurück und man fragt sich, was denn überhaupt die ganzen Wohnungsinspektionen sollen, da sie im Augenblick kaum noch helfen können und selbst das Bewohnen der miserabelsten Wohnräume gestatten müssen. Der Magistrat gibt folgende Warnung bekannt:

„In letzter Zeit hat es sich wiederholt bemerkbar gemacht, daß unter Umgehung der Wohnungsmangelverordnung lediglich zum Wohnen bestimmte Gebäude für andere — insbesondere für Bureaus- und Geschäftszwecke durch Vermittler angeboten oder zu Bars, Dielen, Kinos usw. eingerichtet wurden. Das Wohnungsamt Berlin bringt deshalb folgende Anordnung des Magistrats vom 25. Januar 1919. „Nachdem gegen Wohnungsangelegenheiten, nach der ohne zu zugehörige Zustimmung des Wohnungswesens Räumlichkeiten, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt waren zu anderen Zwecken insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume nicht verwendet werden dürfen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß als zu Wohnzwecken dienend, auch Hotels, Gasthäuser, Fremdenheimen, Pensionen usw. gelten, daß auf diese also die gleichen Bestimmungen wie auf Familienwohnungen angewandt sind.“

Zur Mandatsniederlegung Dr. Jaded.

Genosse Dr. Jaded sendet uns eine längere Erklärung über die Gründe, die zu der Mandatsniederlegung Anlaß gegeben haben. Er schreibt u. a.:

„Meinungsverschiedenheiten zwischen der Fraktionsmehrheit und mir in kommunalen Fragen der Erhöhung der Verpflegungssätze in den Kantinenhäusern, bei der Durchführung des Hundsteuerbeschlusses des Abgeordneten in den Vereinigungen, bei dem Verfall der derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Wehl als Vorsitzender der Versammlung usw. — hatten vor mehreren Wochen zu einer Aussprache in der Fraktion geführt, an deren Schluß ich den Wunsch äußerte, über mein weiteres Verbleiben in der Fraktion die Wähler selbst entscheiden zu lassen. Diese Aussprache hat in 2 Versammlungen stattgefunden und zur Annahme der folgenden, erscheinend bereits vorher im engeren Kreis verhandelten Entschlüsse geführt: Die Mitglieder der U. S. P. des 5. Distriktes können die politische Haltung des Genossen Jaded in keiner Weise billigen und sind mit seiner Betätigung im Stadtparlament nicht einverstanden. Langjährige Parteimitglieder und Stütze des Intellekts entscheiden nicht von der Pflicht eines Funktionärs der U. S. P., den Willen der Wähler und das Parteiprogramm zu erfüllen. Genossen an der führenden exponierten Stellung eines Stadtverordneten unserer Partei haben dieses Prinzip um so mehr zu befolgen. Die Mitglieder der U. S. P. des 5. Distriktes setzen sich deshalb zu ihrem Bedauern gezwungen, dem Genossen Jaded das Vertrauen zu entziehen.“

Hierzu sagt Genosse Jaded, daß er als alter Parteigenosse und Demokrat die Konsequenz dieser Abstimmung ziehe und sein Mandat niederlege. Wohl müsse jeder Träger seines Mandats den Willen der Wähler respektieren. Deshalb lege er auch das Mandat nieder — und doch müsse er im Einzelfall bei jeder strittigen Frage, bei jeder Vorlage die Freiheit und das Recht wahren, der eigenen Kritik und der eigenen Entschlüsse unter eigener Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Die Beauftragten der Partei sollten von dem Vertrauen ihrer Parteigenossen getragen sein, aber sie sollten auch selbstständig denkend und selbstständig entscheidend Charaktere sein, keine Ja- oder Neinsage-Maschinen, von denen es ohnehin genug gibt. Ein gebundenes Mandat empfinde er als unzulässige Zumutung, deshalb habe er auch freiwillig den ihm zugesandten Verpflichtungsschein nicht unterschrieben.

Den Vorwurf, gegen das Parteiprogramm verstoßen zu haben, das zur Zeit seiner ersten Wahl in die Stadtverordnetenversammlung 1902 und seiner letzten Wahl bzw. seines Eintretens in die U. S. P. Stellung hatte, bestritt Jaded auf das entschiedenste. Allerdings habe die weitere Entwicklung in der Fraktion, innerhalb und außerhalb der Parlamente und nicht zuletzt der Leipziger Parteitag gezeigt, daß die Gegenüberstellung der demokratischen Prinzipien bei vielen alten und jungen Parteigenossen an die Stelle demokratischer Grundzüge getreten sei. Zum Schluß spricht Jaded die Hoffnung aus, die Zeit noch zu erleben, wo auch die Genossen in der Fraktion, von denen er sich scheidet, zu der Erkenntnis gelangen mögen, daß sie falsche Mittel angewandt haben, um zu unserm hohen Ziele zu gelangen.

Die Gemeindesteuerschraube.

Eine Berliner Lokal-Korrespondenz teilt mit: „Nachdem Berlin und Schöneberg eine 50prozentige Erhöhung des Gemeindefinanzbeitrags beschlossen haben, werden sich in der nächsten Woche die Magistratskollegien von Charlottenburg, Wilmersdorf, Neukölln und Lichtenberg mit der Steuerfrage befassen. Wie wir hören, wird in allen Gemeinden eine Wehrheit für die 50prozentige Steuererhöhung sowohl innerhalb des Magistrats, als auch der Stadtverordnetenversammlung zu Stande kommen. Besprechungen haben überall in dieser Beziehung schon stattgefunden. Keine der Groß-Berliner Städte ist infolge der im vergangenen Jahr gestiegenen Schuldenmäßigkeit

im Stande, den laufenden Haushaltes mit 300 Prozent zu verlängern. Dabei muß man beachten, daß auch alle Gemeinden die erhöhte Berliner Grundsteuerordnung einführen wollen, die ebenfalls sehr beträchtliche Mehreinnahmen bringt. Auch die erheblichen Mehreinnahmen, die infolge der höheren Einkommensteuererhöhung der Bürgerlichkeit den Gemeinden zufließen, hat die neue Steuererhöhung nicht vermeiden lassen.“

Wir geben diese Mitteilung mit Vorbehalt wieder, halten es aber sehr möglich, daß sich auch die übrigen Gemeinden Groß-Berlins, deren Finanzkraft infolge der steigenden Entwertung des Geldes längst erschöpft ist, dem Vorgehen von Berlin und Schöneberg anschließen werden.

Nach einer anderen, der „Deutschen Tageszeitung“ zugeworbenen Nachricht sollen sich Charlottenburg und Wilmersdorf an dieser Erhöhung nicht beteiligen.

Die juristische Sprechstunde findet täglich nachmittags von 5—7 Uhr statt. Schriftliche Anfragen werden nur bei Befragung der Abonnementkommission und eines frankierten und adressiertes Kuverts für die Antwort erwidert.

Rückkehr der Kinder aus Danemark. Die Kinder, die am 18. Dezember nach Danemark, Kopenhagen gekommen sind, kommen Montag Abend 9 1/2 Uhr in der Nacht an. Die Eltern sollen sich am Bahnhof einfinden. U. S. P. Kinderkommission, Schilderstraße 5, II.

Eine unerwartete Abfuhr. Die erste Klasse der Gemeindefschule eines mittleren Dorfes hatte Geländeunterricht. Der mit beiden Händen nach im waldreichen Gelände lebende Lehrer E. wollte seine Klasse am Schluß der Stunde noch das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ singen lassen. Da trat ein Dreizehnjähriger auf und erklärte: „Mein Vater will nicht, daß ich ein solches Lied singe — in seinem Elternhause hat man für Chauvinismus und Rassenhaß keinen Sinn, sondern nur für Internationalismus und kulturelle Höherentwicklung der gesamten Menschheit. Ein zweiter Schüler schloß sich dem Protest an, zehn — fünfzehn Schüler, schließlich fast die ganze Klasse erheben sich gleichzeitig zum Protest von ihren Plätzen. Der Lehrer merkt endlich, was die Klode geschlagen hat und lenkt mit den Worten ein: „Na, ich will euch nicht zwingen, dieses Lied zu singen.“ Rakte es erst dahin kommen, daß Schüler anfangen, den Eifer nationalistischer Heißsporne unter den Gemeindeflehrern zu dämpfen?

In ihrer Laube einstam gestorben ist eine 75 Jahre alte Altmutterempfangerin Marie Neumann aus der Landberger Str. 12. Die Greisin pflegte sich fast täglich in einer Laube am Verlorenweg aufzuhalten, in der sie für sich allein hauste. Sie war schon länger krank, wollte aber keinen Arzt zu Rate ziehen. Gestern fand man sie in der Laube tot im Bette liegen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauspieldomus gebracht.

Lebensmittelkatalog.

Berlin. In der Woche vom 23. bis 29. Februar gelangt auf die Reichsliste infändliches Fleisch oder ausländisches Ferkelfleisch (Carné de Boeuf) zur Ausgabe. Bis zu einem Fünftel der Wochenmenge ist wie üblich auf Verlangen der Schlächter in Wurst zu entnehmen — Es entfallen auf den Abschnitt 24 der Einfuhrzettel der Stadt Berlin 1/2 Pfd. amerikanisches Cerealmehl und auf den Abschnitt 112 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 125 Gr. Getreidemehl, Goupen, Grüns, Nudeln. Die Anmeldebüchlein sind vom Dienstag bis Freitag bei den Viehhändlern abzugeben.

Charlottenburg. 1/2 Pfd. Zucker auf die Zuckerkarte vom 18. bis 29. Februar unter gleichzeitiger Abgabe des Zulassens 278 der roten Rohrzuckerkarte. Butter und Fett, wie besonders bekanntgemacht, auf allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Zubrud Charlottenburg; 125 Gr. Getreidemehl oder Getreide (4) vom 20. bis 28. Februar, 250 Gr. Teigwaren (5) vom 27. Februar bis 6. März, 250 Gr. Marmelade (19) vom 27. Februar bis 6. März; auf Groß-Berliner Rohrzuckerkarte für Jugendliche mit Zubrud Charlottenburg (40); 200 Gr. Haferflocken vom 27. Februar bis 6. März; auf Einhub zuzuführen (24); 250 Gr. Cerealmehl bis Sonntag, 29. Februar einschließlich.

Wilmersdorf. Fleisch gemäß besonderer Bekanntmachung, 2 Pfd. Kartoffeln auf 10 und 12 und zur Ergänzung der wöchentlichen Kartoffelration auf 10 und 12 Pfd. Kohlraben, auf 10—12 Pfd. Grobrot, 1 Pfd. Zucker auf 10 für die Zeit vom 18. bis 29. Februar. Große Teile sind gemäß besonderer Bekanntmachung, 100 Gr. Soja auf 1 Pfd. 1,20 Pfd., 125 Gr. Gruppen auf 1 Pfd. 71 Pf., 250 Gr. Inf. Marmelade auf 6 (1 Pfd. 2,24 Pf.); für Jugendliche 2 Pakete Zwieback auf 3 (4 Pf. 6 Pf.); für Kinder 1 1/2 Pfd. Haferflocken auf 4 (4 Pf. 2 Pf. 40 Pf. II (250 Gr. 68 Pf.); frischgebackenen Reis mit dem Zubrud „Balkonmission IV“ (250 Gr. 2,75 Pf.); für werdende Mütter im 4. bis einschließlich 6. Monat 3 Dosen Kondensmilch (je 1,50 Pf.). Die Karte über der Bezugnahme erfolgt im Lebensmittelamt.

Neukölln. Ende der kommenden Woche Neuausgabe von 275 Gr. Teigwaren, 225 Gr. Haferflocken, 250 Gr. Getreidemehl und 250 Gr. Haferflocken, sämtlich auf die Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Haushalte. In Kartoffeln werden 2 Pfd. pro Kopf und als Ersatz Soja nährmittel und Brot vorgegeben. Die Fettration beträgt 20 Gr. Butter und 70 Gr. Margarine.

Gr. Groß-Berliner Lebensmittelkarte: Besteabteilung 8 (grau) 250 Gr. Haferflocken, 1 Pfd. Zucker, 250 Gr. Milchpulver und 1 Pfd. Marmelade, Karte für Kriegesbeschädigte (9): 500 Gr. Soja, Karte für werdende Mütter und Kinder, (10): 250 Gr. Soja, Kartoffelverlangung; 10 und 12 Pfd. Kartoffeln, 10 und 12 Pfd. Hülsenfrüchte, 10 und 12 Pfd. Haferflocken, 10 und 12 Pfd. Haferflocken, Karte für den Verkauf bestimmt mit den Schlussnummern am Montag, dann Nr. 2000—2700 am Dienstag, 2000—1800 am Mittwoch, 1700—900 am Donnerstag, 800—1 am Freitag.

Tempelhof. 20 Gr. Butter, 70 Gr. Margarine, 100 Gr. Teigwaren auf Lebensmittelkarte des Kreises Teltow (114); 500 Gr. Hülsenfrüchte auf Tempelhofer Lebensmittelkarte (19). Ferner werden an Nahrungsmitteln für den Monat Februar ausgeben: für Kinder im 1. und 12. Lebensjahre auf Grund der Wohnortkarten, Gruppe III, für das Vierteljahr Januar-März 1920: 500 Gr. Zwieback zum P. alle von 1,00 Pf. Die Ausgabe erfolgt gegen Vorlegung des Mittelscheines der Wohnortkarten, Gruppe III.

Eichenberg. Vorratung: 125 Gr. Weizenmehl (23 Pf.) auf Abschnitt 7 der gemeinsamen Lebensmittelkarte, 125 Gr. Gruppen (18 Pf.) auf Abschnitt 8; auf Heubereitschaftskarte 100 Gr. Nahrungsmittel und 250 Gr. Marmelade; für Heubereitschaftskarte, 100 Gr. Nahrungsmittel auf Abschnitt 10 bis 12 der Sonderkarte 250 Gr. ausländische Hülsenfrüchte (63 Pf.). Geschäfte siehe Anschlagtafeln.

Aus den Kinos.

Film-Vorstellung. Das neue Kino am Sockelschen Markt hat mit dem „Jug nach dem Glück“, einem schönen Ausstattungsfilm, seine Pforten geöffnet. Vorführung und Orchester sind gut. Hoffentlich tragen nachfolgende Filmwerke nicht nur der Unterhaltung sondern auch der Bildung Rechnung.

Zu den Volksschulspielen Friedrichshagen (Schmelzergarten). Im Friedrichshagen 20/22, kommt jetzt der sensationelle Film „Das Todesurteil“ von Moritz Berger zur Vorführung. Der Verfasser und Regisseur erläutert den Inhalt des Films durch einen persönlichen Vortrag.

Zähne 4 Mark 6.— Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk
echte, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zähnechen mit bester Heilung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen 2 r 2 112

Spezialität: Zähne ohne Gummien. Kronen von 30 Mk. an. Keine Luxuspfeile! Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos

Zahnpraxis Natvani, Danziger Straße 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Str. 10.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertage 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit vollendet

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Reichshaus, Berlin, Charlottenburger Straße 10. Druck der Reichshausdruckerei und Buchverlagsanstalt m. b. H. Schillbauersmann

Noch nicht

ist es nötig,
für ein Kostüm

1000.- und mehr

ausgegeben. Bei uns bekommen Sie heute noch moderne, flotte Kostüme aus besten Stoffen und gut verarbeitet zu bedeutend billigeren Preisen, und zwar:

490.- 575.- 650.- 775.-,

aber daß Sie bei uns auch heute noch gute Kleidungsstücke zu

ganz billigen Preisen

bekommen können, das beweisen Ihnen hier die beiden Beispiele:

Decker Uebergangsmantel
aus feinster Wolle in weiß braunem und grünlichen Farbton. Ganz moderner Poffenchnitt mit Kragen-Korneln und reicher Foliengarnierung. Besonders flotter Schnitt mit der beliebten großen Metallknalle.

Praktisches Straßenkostüm
aus kräftiger, einfarbiger brauner und grüner Wolle mit ganz neuartiger Gittergarnierung und reicher weißer Clobber. Besonders reizvoll durch die Knopfverzierung, die entzündenden Knöpfe und den feinen Gürtel mit Metallknalle.

185.- 210.-

C&A

Rönigstr. 33
Zum Hofhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Zum Cretinar Hofhof



Das gesunde Geschlecht

Von Dr. C. Braunwarth und
M. Braunwarth-Hendrichs

ein neues, aussehendes, erregendes Werk, bringt neben zahlreichen Illustrationen 5 Röntgenaufnahmen der werdenden Mutter, die bisher nicht veröffentlicht sind.

Das Buch bringt neue Ergebnisse über die Funktionen des Körpers und der Seele, das Gebiet der Fortpflanzungstätigkeit wird zum ersten Male leicht verständlich — ohne medizinische Schlagwörter, mit großer Sachlichkeit behandelt. Mystische Vorgänge, Okkultismus, Spiritismus, Hypnose usw. finden überraschend einfache Erklärungen, die sich auf neueste Forschungsergebnisse stützen. Das Werk kostet gebunden Mark 13.20 elegant in Halbleder gebunden Mark 16.50

Vogler & Co., Berlin W 9,
Köhener Str. 27, Abt. S/2

Schnell-Färberei

Chem. Reinigungs-
Kunststofferei
ELLI KLOSE
färbt wieder in 4-6 Tagen
Spez. Leinen und Bettücher

in allen leichtesten modernen Farben.
Tagesarbeiten in 48 Stunden.
Hauptgeschäft: Charlottenstr. 7, 2.-8. Geschl.
Charlottenburg, Kleiststr. 34, Schönberg, Hauptstr. 10, Fried-
man, Rheinstr. 39, Wilmersdorf, Wilhelmstr. 131, Spandau,
Havelstr. 15, N., Stolpische Str. 16. — Telefon: Zentrum 435.

Gardinen & Teppiche

Tüllbottchen, Tisch- und Divandecken usw.
erhöhter Qualität in allen Preislagen
kurze bis zu 10 Tagen und werden
im Spezial-Geschäft und Expedient
Herzig & Weininger
Berlin S., Wolkenstr. 18
(Eingang Courantstraße 1)
siehe Geschäftsplan

gippsin **Simen**
ohne Verletzung der
weichen Gewebe
Schlechts, Gänge, Darm-
und Unterleibsleiden, bei allen anderen veralteten
Krankheiten
Natura-Institut, Reim-
Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor),
Sprechstunde 10-12, 4-8 Sonntag 11-1.
Kostlose ärztliche Beratung, auch schriftl. Auskunft.

Berlin: Sie Dr. med. Schmidt Brüdler über
sämtliche Geschlechtskrankheiten für 1.00 Mk. in der
spezialisierten Klinik von Berlin S. Hauptstr.
Groszstr. 2, P. Wilmersdorf 25 a.

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117
an der Littenstraße
Sprechst. 12-2, 14-110 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr
Spezialarzt Haut u. Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufführende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilver-
fahren im versch. Kavit gegen Einsendung v. M. 1.50

Reinhold
offene Pflü, Flechten,
Venenerkrankungen,
Hautjucken, alte Wun-
den, Haemorrhoiden,
Hautleiden, wunde u.
rissige Haut, Pickel,
Nervenschmerzen
etc. heilt sicher i. d.
härtnichtest-Pflü

Immer & Sohn
Ein unschätzbare Haus-
mittel, welches auch bei d.
heftigsten Schmerzen u.
Jucken, sofortige Lin-
derung u. Heilung bringt.
Sch. 2.00, 4.50 u. 9.00, in
d. Apotheken, wo nicht,
bestellt man direkt an
Laborator, Nr. 04,
Berlin NO 19,
Gr. Frankfurter Str. 89.

Spezialarzt Dr. med. Kollaender
Berlin W 3 Frankfurt a. M.
Leipziger Str. 108 Brenlianostr. 56
Hamburg
Kolonnaden 26
Sprechstunden 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonntag 11-1.
Ausk. Broschüre Broschüre Nr. 14 M. 2.50 (frachtl.)

Spezial-Behandlung

v. Geschlechts, Ha- u. Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete,
hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren,
Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behand-
lung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung, Getrennte War-
tung für Damen und Herren. **Arztliche Heilanstalt**,
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Ha- u. Harn-,
Frauenleiden, speziell veraltete
hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin-
und Blutuntersuchungen. " " " Separater Damenzimmer.
Erste und Älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior, Dr. Skottli
an Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Lindenstraße,
9-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Achtung Zahnleidende!

Lassen Sie sich nicht irreführen durch
schreiende Reklame.
Reelle gute Bedienung finden Sie in der
Zahnpraxis Humboldt
Bernauer Str. 40/41, Ecke Schwirmländer Str.
Zahle die höchsten Preise für
Goldzähne * Gold * Silbersachen.
Max Roesspiess, Juwelier.
Charlottenburg, Krumme Straße 92 an der Berliner Straße.

Zähne

von 3 Mk. an
Kronen von 30 Mk. an
echter Friedenskautschuk
Plomben in Gold, Silber und Porzellan.
Plattenloser Zahnersatz, keine Luxuspreise.
Umarbeitung schlechter Zahnergebnisse.
Reparaturen sofort
Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zu ziehen nach althergebrachter Methode.
Bei Bestellung von Gebissen gratis
Zahnarzt Robert Brunnenstr. 4 an Rosen-
thaler Platz,
Sprechstunden: Wochentags v. 9-7, Sonntags v. 9-12.

Eilt! Nur dringend!

von 9-6

Alte Zähne von 17 Mark an

wenn echt, bis 200 Mark.

Alte Gebisse bis 4000 Mark.

Brennstille bis 400 Mark usw. — Streng reell

Zahnarzt Jungfer

Uhlend 7653. Nürnberger Straße 41 II. Uhlend 7662.

Gardinen

Herzig, Dresdener Straße 124
Hochbahnstation Kottbuser Tor
offert abgepasste Schgardinen das
Fenster für 20 Mk. Künsterarbeiten (frei-
tellig) guter weicher Tüll von 50 bis 75 Mark
und darüber. Ein Besuch ist lohnend.

PREISWERTE

ANGEBOTE

SCHUHEN!

SCHUH-HAUS
ERICH
LEISER
Große Frankfurter Str. 702
1. Etage am Straßburger Platz

Zähne v. 4 Mk. Teilzahlung. Plomben 1.50. Gold-
kronen 18 Mk. Zahnleiben mit Elasp. Kautschuk
schmerzlos. Umarb. schlechte Gebisse. Pro-
Zahnarzt Wollsol, Potsdamer Str. 85. Hochb. Sprechst.

Zähne naturgetreu

Zähne wie echte.
Friedenskautschuk, bestes Material, pro Zahn
von 6.- Mark an. Keine Kautschuk-
Spezialität: Kronen von 50.- Mark an.
Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre.
Schonendere Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse.
Zahnleiben unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen

Max Fabian, Dentist

Neue Königstr. 38 I. 2 Mk. an

Nicht in 6-8 Wochen

sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Mütter-
Zwillingen gelübt. — Traversachen bis
24 Stunden. — Sämtl. a. Plombenarbeiten werden
durch Ausdampfen w. neu hergestellt.
Schnellheilverfahren u. chem. Reinigungsanstalt
Telef. Amt **Nord-West**. Hans 1029
(Gatz & Sieg)

Fabrik u. Exped. Gatzow-kystr. 21. Hauptgeschäft
Gatzow-kystr. 13. II. Geschl. Mückerstr. 112.
III. Geschl. Schönbauer Allee 176 an Hauptbahnhof.
IV. Geschl. Wilmersdorf. Umland 1. 75.

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr.
Norden 100 21.

„Plasigo-Ankauf“

zahlt horrend Preise für
Platin, Silberbruch, Goldbruch

Lutherstraße 21.

B. Feder

Brennstille 1. Frankfurter Allee 130
Kottbuser Damm 205
Charlottenburg, Schwanenstraße 5
Preiswerte Angestellte vornehmlich
Speisezimmer, Herrenzimmer,
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Salons, farbige u. las. Küchen
Polsterwerk, Ledersofas, Klaviersessel
Weisse und gefärbte Schlafzimmern

Rie-
sen-**Möbel**-Aus-
wahl

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Liege, fest Haus
Angebot

Verkauft nach
Angebot

Gegründet 1899

Pianos

Stützflügel, Harmonien jeder Holz- und
Stahlart, Konzertpianos, Naturflügel,
Gehörte Instrumente in eigener Re-
paraturwerkstatt wie neu hergestellt,
einer Voller Garantie. Verkauf nur
gegen Kassa, daher billige Preis-
berechnung. Annahme von Aufarbeiten,
Reparaturen und Stimmungen.

Adam, Münzstr. 16